Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Richard Ilge, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 41.

Nr. 160. Halle, Montag den 15. Juli 1918. 2. Jahrgang.

Immer noch die belgische Frage.

Der Reichskanzler hat im Hauptausschuß schon am Donnerstag die belgische Frage berührt. Diese Ausführungen, in denen noch von militärischen und wirtschaftlichen Sicherungen die Rede ist, werden, weil dies so „aus dem Reichstag angeregt" worden sei, nunmehr von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gleichfalls im Wortlaut mitgeteilt. Uns interessieren daraus hier besonders die Sätze über die wirtschaftliche Seite. Dazu führte der Kanzler aus:

Das Faustpfand Belgien bedeutet also für uns: Wir müssen uns in den Friedensbedingungen dagegen sichern, daß, wie ich es schon früher ausgedrückt habe, Belgien nicht wieder das Vormarschgebiet für unsere Feinde wird, nicht nur in militärischem Sinne, meine Herren, **sondern auch in wirtschaftlichem Sinne.** Wir müssen uns dagegen sichern, daß wir nach dem Kriege **nicht wirtschaftlich eingeschnürt** werden. Belgien ist durch seine Verhältnisse, durch seine Lage, durch seine Entwicklung **auch durchaus auf Deutschland** angewiesen. **Wenn wir in ein enges Verhältnis mit Belgien auf wirtschaftlichem Gebiete treten, so ist das ganz und gar auch im Interesse von Belgien selbst.**

Auch hier knüpft der Kanzler die Herausgabe Belgiens an Bedingungen, die das ganze Zugeständnis der Herausgabe in Frage stellen müssen, wenn die Bedingungen nicht angegeben werden. Wir stehen also im Grunde genommen wieder auf demselben Flecke wie vor der Kanzlererklärung.

*

Zu diesem Ergebnisse kommen auch folgende Ausführungen des Berliner Tageblattes:

Die Erklärungen, die Graf Hertling im Hauptausschuß zur belgischen Frage abgegeben hat, sind nun heute früh veröffentlicht worden, nachdem man zuerst beabsichtigt hatte, sie geheim zu halten. Warum eine Geheimhaltung nötig schien, ist nicht erkennbar, denn etwas wesentlich Neues, Ueberraschendes, bringen diese Erklärungen nicht. Alle Reichskanzler und alle Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes haben seit Beginn des Krieges — unmittelbar vorher hatten sie noch bestimmter und ohne Einschränkungen gesprochen — zieptlich regelmäßig gesagt, oder angedeutet, daß unter gewissen Bedingungen eine Herausgabe Belgiens zu erwarten sei. Diese Reden schufen weder im Inlande noch im Auslande Klarheit, weil jeder die „Bedingungen" oder „Garantien" so auslegte, wie es ihm gefiel, oder auch so, wie es ihm nicht gefiel. Auch in den Erklärungen des Grafen Hertling wird die Herausgabe an Bedingungen geknüpft. Wie in den früheren amtlichen Aeußerungen wird nicht scharf und präzise gesagt, welches diese Bedingungen sind. Wenn „die Verhandlungen zu einem günstigen Resultat geführt haben," soll Belgien zurückgegeben werden. Bis dahin soll es ein „Faustpfand" sein.

Es ist unwahrscheinlich, daß durch diese Erklärungen, die sich den früheren anpassen, im Auslande, und besonders im feindlichen Auslande, eine besondere Wirkung erzielt werden wird. Zwei Einwendungen vor allem hat man dort immer gegen diese Faustpfandtheorie vorgebracht. Die erste Einwendung besagt, kurz zusammengefaßt: Deutschland spricht im allgemeinen von „Bedingungen, Garantien, Verhandlungen," die erst „zu einem günstigen Resultat" führen müßten, und es enthüllt nicht, wie die Bedingungen und Garantien aussehen, welche „günstigen Resultate" in den Verhandlungen vor einer Rückgabe Belgiens erreicht werden sollen. Die deutsche Regierung könnte **also große Landabtretungen** an anderen Stellen, **Auslieferung gewaltigen Kolonialbesitzes** oder **enorme Kriegsentschädigung** fordern und, wenn das alles nicht gewährt würde, sagen: Dann behalte ich das belgische Pfand. Man sieht, was diese „Faustpfand"theorie uns, den Ententemächten, bescheren kann. Darauf könnte natürlich erwidert werden, daß Graf Hertling gesagt hat, sein Standpunkt sei in der Antwortnote an den Papst dargelegt, und daß diese Antwortnote eine gewaltsame Politik und erdrückende Forderungen auszuschließen scheint. Es ist in der Antwortnote an den Papst unter anderem von der „wahren Freiheit und Gemeinsamkeit der hohen See" die Rede, und es ist ja selbstverständlich, daß die volle Freiheit der Meere, garantierte Bewegungsfreiheit für den deutschen Handel, Sicherung der Rohstoffversorgung und ähnliches „Bedingungen" sind, auf denen Deutschland bestehen muß. Auch ist selbstverständlich, daß Belgien, wie es in den Erklärungen des Grafen Hertling heißt, „keinem", ebensowenig einem anderen wie uns, „als Vasall unterworfen" werden darf. Aber diese Erklärungen lassen doch die Möglichkeit bestehen, darüber hinaus an noch **ganz andere Bedingungen und Forderungen** zu glauben, oder wenigstens solchen Glauben vorzutäuschen und zu erwecken, und die Worte des Grafen Hertling waren wirksamer gewesen, wenn gleichzeitig verkündet worden wäre, wofür, für welche „günstigen Resultate" Belgien als Faustpfand dienen soll.

Auch dann freilich würde die Wirkung noch zweifelhaft sein. Denn es bleibt die zweite Einwendung gegen die Faustpfandtheorie. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß in der belgischen Frage nicht nur der Standpunkt des feindlichen Auslandes, sondern auch die Auffassung aller Neutralen grundsätzlich verschieden von dem offiziellen deutschen Standpunkt, oder gar von der Auffassung deutscher Machtpolitiker ist. Das zu verheimlichen, sich darüber zu täuschen, ist zwecklos und schädlich, wenn man nun einmal mit der öffentlichen Meinung des Auslandes rechnen oder den Eindruck, den Kundgebungen draußen machen werden, vorherberechnen will. Die Ententeländer und die Neutralen haben auf alle Erklärungen, die von dem Faustpfandgedanken wie die Hertlingsche ausgingen, stets entgegnet, die belgische Frage sei eine Rechtsfrage, und nach den ursprünglichen deutschen Zusicherungen und nach dem ganzen Ursprung der Frage sei Belgien nicht, wie etwa die besetzten Gebiete von Frankreich, ein „Pfand". Sie haben immer einen Unterschied zwischen dieser belgischen Frage und allen anderen territorialen Fragen, die sich aus dem Kriege ergeben haben, gemacht. Darum ist leider nicht anzunehmen, daß die Rede des Grafen Hertling eine wesentliche Veränderung schaffen wird. In den Hauptpunkten des Streitthemas bleibt man einander so fern wie bisher.

Indessen, es muß immerhin betont werden, daß die prinzipielle Bereitwilligkeit, Belgien herauszugeben, bisher noch nicht mit solcher Deutlichkeit ausgesprochen worden ist. „Wir beabsichtigen nicht, Belgien in irgendeiner Form zu behalten", hat Graf Hertling erklärt. Besonders auch die Worte „in irgendeiner Form" sind gewiß beachtenswert. Ebenso kann man an der Versicherung, daß nach dem Kriege das „wiedererstandene Belgien als selbständiges Staatswesen keinem als Vasall unterworfen" sein und mit uns „in guten freundschaftlichen Verhältnissen leben" solle, nicht wie an etwas ganz Gleichgültigem vorübergehen. Der prinzipiellen Forderung der Annexionisten, Belgien zu behalten, oder „in irgendeiner Form" zum Vasallen Deutschlands zu machen, wird hier als grundsätzliches Ziel, freilich noch an unklare Bedingungen geknüpft, die Herausgabe gegenübergestellt. Nach den Tagen, in denen die Alldeutschen und ihre Mitläufer so froh sich als Sieger fühlen durften, ist das, dem Inlande und dem Auslande gegenüber, sicherlich nicht ohne Wert.

*

Die Deutsche Tageszeitung wendet sich gegen die Hertlingsche Faustpfandtheorie. Einen politischen Begriff des Faustpfandes gebe es nicht, deshalb sei der Inhalt eines solchen Begriffes willkürlich. Ein Begriff ohne Anschauung sei aber nach Kant leer. In der Wendung des Reichskanzlers, daß wir das Pfand nicht behalten, sondern herausgeben wollten, wenn die Verhandlungen zu einem günstigen Resultate führten, sagt die Deutsche Tageszeitung, die Unversehrtheit des Reiches sei mit den Waffen erkämpft, es bleibe hinsichtlich dieses Punktes nur noch die „notwendige Sicherung für künftige schwierige Verhältnisse". „Was die freie Luft für die Entwicklung unseres Volkes insbesondere auf dem wirtschaftlichen Gebiete betrifft, so haben wir diese nicht, wie das Territorium, in der Hand, sondern sie sind uns seit vier Jahren genommen, sie liegen sozusagen in und außerhalb der deutschen Reichsgrenzen zugleich und sie können erhoben und erhalten und gar für künftige schwierige Verhältnisse gesichert werden nur durch eine Stellung Deutschlands Belgien gegenüber, welche dem Deutschen Reiche gestattet, **an der belgischen Küste und den Landgrenzen Schutz und Sicherung zu übernehmen.** Alle wirtschaftlichen Fragen sind Machtfragen und werden es bleiben, ganz besonders unter künftigen schwierigen Verhältnissen. Es würde sozusagen eine leere politische Phrase, eine Tat-Phrase (nicht eine Tatfrage) sein, wenn in einem gegebenen Augenblick erklärt würde: das „Faustpfand" wird zurückgegeben, denn unsere Feinde haben uns Unversehrtheit, freie Luft für die Entwicklung unseres Volkes zugesagt. Diese schönen Dinge würden im selben Augenblicke sich **als geplatzte Seifenblasen** zeigen, wo das Faustpfand vom Deutschen Reiche losgelassen worden wäre."

Und so kommt die Deutsche Tageszeitung wieder zu dem Ergebnisse, daß die notwendigen Sicherungen immer nur in Belgien und der flandrischen Küste liegen können.

Mit dem Standpunkte der Deutschen Tageszeitung werden wir uns gelegentlich noch einmal zu beschäftigen haben.

Kommt die internationale Konferenz?

Die Antworten auf die Friedensdenkschrift der Ententesozialisten.

In einer Rede in Northampton äußerte sich Henderson über die Antworten der Sozialisten der Mittelmächte zu der bekannten Denkschrift der alliierten Sozialisten über die Friedensziele. Die erste Antwort kam von den bulgarischen Sozialisten die nur einige Vorbehalte bezüglich geringfügiger Punkte wegen Mazedonien machte, im übrigen aber den Inhalt der Denkschrift unterschrieben. Die zweite Antwort kam von den ungarischen Sozialisten. Diese deckte sich tatsächlich mit der britischen Druckschrift. Sie nimmt den Plan eines föderalen Systems für Oesterreich-Ungarn als Basis der Besprechungen an, genehmigt eine Föderation der Balkanländer, tadelt die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest und erklärt, daß die elsaß-lothringische Frage sowie die Fragen bezüglich Italiens, Polens, der Türkei und der Kolonien in Uebereinstimmung mit den Wünschen der betreffenden Völker gelöst werden müssen. Die Antwort der deutschen Minderheitspartei deckt sich ebenfalls mit den Wünschen der interalliierten Arbeiter. Die deutschen Mehrheitssozialisten haben versucht, ihre Antwort durch Troelstra übermitteln zu lassen. Das ist noch nicht gelungen. Es traf aber bennoch eine kurz gehaltene Antwort der deutschen Mehrheitssozialisten ein. Aus dieser ergibt sich, daß sie bereit sind, sich an einer internationalen Besprechung auf der Basis der Vorschläge, wie sie von den interalliierten Sozialisten in Stockholm gemacht wurden, zu beteiligen. Es scheint so, daß sie nicht nur die allgemeinen Prinzipien der Denkschrift annehmen, sondern auch über die Verantwortungsfrage und **über das elsaß-lothringische Problem reden wollen.** Sie scheinen der Meinung zu sein, daß ein freundschaftliches Uebereinkommen möglich ist. Sie halten die völlige Wiederherstellung Belgiens für notwendig und sympathisieren mit der Gründung eines Völkerbundes. Henderson ist der Ueberzeugung, daß die Antworten die Berufung einer internationalen Konferenz rechtfertigen.

Henderson kam auch auf die letzte Rede des Reichskanzlers zu sprechen. Er meinte, daß bei all diesem Friedensgerede versäumt werde, festzustellen, daß ein Versöhnungsfriede in erster Linie auf den Lebensprinzipien der Völker beruhen müsse, ohne die ein Kompromiß unmöglich sei. Henderson wiederholte, was er bereits bei früheren Gelegenheiten ausgesprochen hatte, nämlich daß ein Frieden nach der Art des Friedens von Brest-Litowsk ihm unsympathisch sei, und schließt: Selbst in den feindlichen Ländern beginnt man allmählich einzusehen, daß der Militarismus keine Vorteile bringt. Wir begrüßen das Erwachen der Völker in den Zentralmächten, wir haben für dieses Erwachen bedeutend mehr Beweise als man allgemein annimmt. Ich glaube, daß die internationale Konferenz den Völkern der Zentralmächte zeigen wird, wie sehr sie von ihren Führungen irregeleitet und getäuscht worden sind.

*

Die vorstehende Meldung stammt von Reuter. Ihre Zuverlässigkeit ist sehr fraglich. So weit die Antwort der deutschen Mehrheitssozialisten in Frage kommt, ergeht sich überdies Henderson in Vermutungen. Wie die Mehrheitspartei zu der Denkschrift steht, ist hier wiederholt ausführlich dargelegt worden. Die sozialdemokratische Partei ist, um deren Stellung kurz noch einmal zusammenzufassen, unbedingt für eine internationale Konferenz und auch bereit, die Denkschrift zur Grundlage ihrer Beratungen zu machen. Es kann aber keine Rede davon sein, daß sie geneigt sei, in der elsaß-lothringischen Frage zu verhandeln. Wir betrachten diese Frage als eine rein deutsche Angelegenheit. Davon können wir nicht abgehen, wenn wir auch einer Aussprache über die Frage nicht aus dem Wege gehen dürfen. Jedenfalls dürfen wir aber die Rede Hendersons als einen Schritt auf dem Wege zu einer internationalen Konferenz begrüßen.

Brantings westliche Interviews und Reden.

Die schwedischen Blätter melden aus Paris über die Rede, die Branting in der Sitzung der sozialdemokratischen Kammerfraktion gehalten hat, daß er mit großer Eindringlichkeit den Wiederaufbau der alten sozialistischen Internationale als notwendig bezeichnet hätte. **Jetzt sei freilich die Stunde zur Einberufung einer zwischenvölkischen Konferenz noch nicht gekommen, aber wenn die nächste deutsche Offensive zurückgewiesen wäre, könne Paris die Kräfte der Internationale um sich gruppieren,** und bis dahin müsse man dieses Ereignis vorbereiten. Man solle auch die deutsche Mehrheit nicht von der Zusammenkunft ausschließen.

Die bürgerliche Presse Frankreichs erklärt, mit aller Achtung vor Herrn Branting seinen Standpunkt doch nicht teilen zu können. Die deutschen Sozialisten seien doppelzüngig und würden die anderen Parteien der Internationale schon zu betören wissen.

Einem Vertreter von Havas sagte Branting vor seiner Besuchsreise an die Front, daß es sicher wäre, falls man die internationale Sozialistenkonferenz für eine Verdammung des preußischen Militarismus gewänne, das deutsche Proletariat sich gegen seine Beherrscher erheben würde. Die Stimme des gesamten internationalen Proletariats werde auf die deutschen Arbeiter Eindruck machen.

Weiter prophezeite Branting, daß Deutschland bald ernste Enttäuschungen in Finnland erleben werde. Das ganze Volk werde sich in gemeinsamem Haß gegen den Eindringling erheben. Deutschlands Versuche, Schweden aus dem Handel mit Rußland zu verdrängen, hätten in der schwedischen Handelswelt große Empörung hervorgerufen. Zum Schluß erklärte Branting, Schwedens Neutralität bliebe loyal und korrekt, aber das schlösse nicht aus, daß die Sympathien für die Entente immer stärker zunähmen.

*

Aus Stockholm wird uns von unserem cb.-Korrespondenten geschrieben:

Die Interviews und Reden, die Genosse Branting auf allen seinen Reisestationen vom Stapel läßt, und der Widerhall, den sie auf verschiedenen Seiten finden, halten besonders in seiner schwedischen Heimat die Gemüter in Bewegung. Mit einer japanischen Samurai würdigen Treue haben sich die Redaktenre des Sozialdemokraten bislegend für die Gründe ihres Chefs eingesetzt, ehe sie sie noch kannten und im übrigen seinen Gegnern mit dem Stock gedroht, womit der Heimkehrende sie sicher verprügeln werde. Weniger rührend, aber dafür komisch war die Behauptung, womit sie die Verdrießlichkeit, die Brantings Kundgebungen bei der Presse der verschiedenen Schattierungen hervorriefen, als die Kundgebung einer bürgerlichen Konzentration deuteten. Die Rolle des von der einen reaktionären Masse verfolgten Revolutionärs kann für den Fürsprecher der Politik der Ententeregierungen wirklich nicht beansprucht werden. Der Lärm indes, der sich wegen der Frage erhoben hat, ob in welcher Form, von wem und mit welchem Recht Brantings Londoner Erklärungen offiziell desavouiert worden sind, ist außerhalb des Bezirks des schwedischen Parteikampfs weniger interessant. Man hat gesehen, daß die schwedische Regierung Verstimmungen im Ausland bedauert, auch wenn sie durch Aeußerungen von politisch einflußreichen Privatleuten — denn nur als solcher ist Branting derzeit anzusehen — hervorgerufen sind. Was Brantings tatsächliche Behauptungen über die in Schweden gegenüber den Kriegführenden herrschenden Stimmungen und über ihren Wechsel betrifft, so ist die Frage ihrer Richtigkeit von der ihrer Nützlichkeit und Angemessenheit natürlich zu unterscheiden. Stimmungen wechseln in Zeitläuften wie den jetzigen noch leichter als Anschauungen, die bei bedeutenden Politikern gemeiniglich in Grundsätzen verankert sind. Aber auch auf diese übt der Zeitablauf seine Wirkung. Zum Vergleich mit den in den letzten Tagen von Branting geäußerten Wünschen über den Ausgang des Krieges lese man die folgenden Sätze:

„. . . die Stimmungen, aus denen heraus die Demokratie des Westens und noch weitere sozialistische Kreise immer noch einen **militärischen Sieg als Voraussetzung eines dauernden Friedens** verlangen. Unsere Leser wissen, daß Sozialdemokraten nicht diese Politik vertritt, sondern jene, die ihren Ausdruck u. a. 1916 im Haag (auf der Neutralenkonferenz. D. Red.) fand, wo man in bezug auf die militärische Entscheidung bei der schon damals vorliegenden Tatsache bleiben wollte, daß der Angriff der Zentralmächte abgeschlagen sei. Der entgegengesetzte Angriff hat zwei große Schwächen. Vor allem macht es die **Möglichkeit des Friedens abhängig von einer militärischen Machtentscheidung,** die sich nach einem beinahe dreijährigen Kampf noch immer nicht mit voller Bestimmtheit im Dämmerlicht der Zukunft abzeichnet. Aber **noch viel bedenklicher ist, daß allein die Aufstellung eines solchen Ziels** wie das der entscheidenden **Niederlage des Gegners geeignet sein muß, den Krieg noch mehr in die Länge zu ziehen** dadurch, daß sie die moralische Widerstandskraft des Gegners stärkt."

Die zitierten Sätze stehen in einem Leitartikel Brantings vom 9. Juni 1917.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180715-12/fragment/page=0001

Reichstag.

191. Sitzung, Sonnabend, 13. Juli, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Payer, Graf Roedern.

Dritte Lesung des Branntweinmonopols.

Ein von der Volkspartei, den Nationalliberalen, dem Zentrum und den Konservativen eingebrachter Antrag will die zur Bekämpfung der Trunksucht ausgesetzten 4 Millionen auf 1 Million herunterlassen.

Abg. Mumm (D. F.) bittet, es bei den 4 Millionen zu belassen, um den unglücklichen Opfern der Trunksucht zu helfen.

Abg. Davidsohn (Soz.): Auch wir wünschen den Gott von vier Millionen zu belassen, aber nicht, um den Opfern der Trunksucht zu helfen, sondern vor allem um es gar nicht zu Opfern kommen zu lassen. Der Trunksucht ausgesetzten 4 Millionen Mark auf 1 Million heruntersetzen.

Abg. Kiel (Wp.): Die Befürworter der 4 Millionen wissen selbst noch gar nicht, wie das Geld verwandt werden soll; es könnte leicht kommen, daß es von Wohlfahrtsvereinen anders verwendet wird, als der Reichstag es wünscht.

Abg. Graf v. Posadowsky: Ich muß mich vollkommen den Ausführungen des Abg. Davidsohn anschließen. Zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lues, dieser beiden Volksfeinde, ist unendlich viel geredet, aber noch nie etwas Wirksames getan worden, zum Teil aus politischen Vorurteilen. Hier kann zum ersten Male etwas zur wirksamen Bekämpfung des Alkoholismus getan werden.

Abg. Wurm (U. Soz.): Auch mit den 4 Millionen kann der Alkoholismus nicht wirksam bekämpft werden; aber sie sind mehr als 1 Million und deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Der Antrag wird im Hammelsprung mit 117 gegen 109 Stimmen abgelehnt.

Abg. Kreth (k.) begründet einen auch von anderen Parteien unterstützten Antrag, von den zur Ermäßigung der weingeisthaltigen Heilmittel bestimmten 16 Millionen Mark den Krankenkassen mindestens 60 Pf. pro Mitglied und Jahr als Mehrvergütung zu gewähren.

Der Antrag wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes und das ganze Gesetz.

Schatzsekretär Graf Roedern dankt für die Erledigung der Steuergesetze.

Es werden noch einige Etatsreste erledigt; hierbei erklärt

Schatzsekretär Graf Roedern: Die Beamten können sich darauf verlassen, daß im Herbst wirksame Teuerungsmaßnahmen werden getroffen werden.

Die Resolution Gröber (Z.) auf Einsetzung eines Ausschusses für Sozialpolitik wird angenommen.

Es folgt die

Zweite Beratung der Kriegskredite.

Abg. Ebert (Soz.):

Bei der Stellungnahme zu der Kreditvorlage lassen wir uns von folgenden Erwägungen leiten: Wir bedauern aufs tiefste, daß das furchtbare Blutvergießen im Westen und Süden fortdauert. Das deutsche Volk ist erfüllt von ehrlichem Friedenswillen. Auch die deutsche Regierung hat von neuem ihre Friedensbereitschaft erklärt. Wohl gibt es in Deutschland einflußreiche Kreise, die vom Wahn der Eroberungen befangen durch Aufstellung phantastischer Kriegsziele den Kriegstreibern der Entente Vorschub leisten. Diese Kreise sind aber nicht das deutsche Volk. Daß die Politik der deutschen Annexionisten nur eine kleine Minderheit unseres Volkes hinter sich hat, würde für alle Welt in der Stunde zweifelsfrei werden, in der die Völker der Ententestaaten ihre Regierungen dazu bewegen, sich auch ihrerseits zu

Friedensverhandlungen auf der Grundlage der beiderseitigen Integrität

bereit zu erklären. Auch einem Wort einer solchen Bereitschaft würde das deutsche Volk nimmermehr halben, daß Friedensverhandlungen an Eroberungsforderungen oder irgendwelchen politischen, wirtschaftlichen oder finanziellen Bergewaltigungsabsichten scheitern. Aber die Regierungen und Parlamente und leider sogar Vertreter der Arbeiterparteien in den Ententestaaten haben bisher eine solche Friedensbereitschaft vermissen lassen. Die gegnerischen Staatsmänner haben auch in ihren letzten Kundgebungen sich zu Kriegszielen bekannt, die das politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands aufs allerschwerste beeinträchtigen würden. Sie verkünden immer von neuem den Kampf bis zum Ende und sie betören ihre Völker mit der Täuschung, daß die Widerstandskraft Deutschlands erlahmen und der Krieg in absehbarer Zeit mit dem Sieg der Entente endigen werde. Diese unheilvolle Politik des Ringens „bis zur letzten Entscheidung" müßte in Wahrheit den Krieg noch auf Jahre unabsehbar verlängern. Welches auch immer der schließliche Ausgang sein würde, sicher wäre es, daß kein Staat einen Siegerpreis erringen könnte, der irgendwie im Verhältnis zu den unermeßlichen Opfern an Blut und Gut stehen würde. Sicher wäre es, daß alle beteiligten Völker einer immer trostloseren Verelendung verfallen müßten. Auf entehrende, seine politische, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft vernichtende oder versklavende Bedingungen wird das deutsche Volk niemals eingehen. Es will den ehrenvollen Frieden — für alle! Da die Gegner auf einen solchen Frieden bis auf den heutigen Tag verweigern, so werden wir auch diesmal die Mittel bewilligen, die zur weiteren Verteidigung der Lebensinteressen unseres Volkes und Unabhängigen Sozialdemokraten, — lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Geyer (U. Soz.):

Seitdem meine Parteifreunde im Reichstag die Kriegskredite ablehnten, haben die Kriegsereignisse sowie die Vorgänge im Innern des Reiches, namentlich auch die letzten Verhandlungen im Hauptausschuß, unsere Auffassung und Haltung gerechtfertigt. Der Krieg ist niemals ein Verteidigungskrieg gewesen. Er war und ist ein Eroberungskrieg mit imperialistischen Zielen. (Stürmischer Widerspruch bei der Mehrheit.) Die Reichsleitung deckt das Treiben der Annexionisten und begünstigt sie. Der Wechsel im Staatssekretariat des Auswärtigen bestätigt aufs neue, daß der Wille der Militärpartei maßgebend ist für den Gang der Politik. Rußland und Rumänien ist ein Gewaltfriede aufgezwungen. Unbekümmert um diese Friedensverträge ist der Krieg in Großrußland und der Ukraine tatsächlich nach noch den Friedensschlüssen fortgesetzt worden. Die Völker, denen mit großen Worten ihre Befreiung versprochen wurden ist, werden gefnechtet und ausgebeutet. Das Recht auf Selbstbestimmung wird geradezu verhöhnt, die besetzten Gebiete werden von Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Maschinen entblößt. (Unruhe bei der Mehrheit.) Durch das militärische Eingreifen in Finnland, zur blutigen Unterdrückung der Arbeiter und Bauern, hat die deutsche Regierung sich als die Beschützerin der Konterrevolution erwiesen. Ebenso wie bei ihrem Vorgehen in der Ukraine. Das Ansehen des Deutschen Reiches, das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der von der Regierung gemachten Zusagen ist über all vernichtet. Lebhafter Widerspruch. — Zustimmung bei den U. Soz.) Die Reichsleitsparteien des Reichstages, die die Regierung führen, tragen die volle Verantwortung für die von der Regierung betriebene Politik. Sie haben es bewirkt, daß die Militärautokratie gestärkt wurde, deren ausführendes Organ die Regierung ist. Die Militärautokratie, die auch gegen die Bestrebungen einer Bergewaltigungs- und Eroberungskrieg eintritt. (Heiterkeit rechts.) Aus der Verschleierung dieses Machtverhältnisses erklärt es sich, daß die Regierung außerstande ist, ein klares und unzweideutiges Friedensprogramm bekanntzugeben. Demzufolge hat denn auch die Regierung bisher das Recht Belgiens auf Unversehrtheit, Selbständigkeit und Unabhängigkeit nicht verkündet, sondern vieldeutige, verklausulierte Erklärungen abgegeben, wodurch erfolgreiche Friedensbemühungen vereitelt werden. So geht der Krieg unabsehbar weiter. In seinem Gefolge feiert die Gewinnsucht widerliche Orgien. Riesenvermögen entstehen, während der Mittelstand vernichtet und die Volksmassen dem Hunger preisgegeben werden. Hunger und Elend verwüsten an Menschenleben, was der Krieg nicht mordet. Belagerungszustand und Zensur knebeln das freie Wort und täuschen über die wahre Stimmung des Volkes. Die Fortsetzung des Krieges führt zur Verelendung Europas. Die imperialistischen Regierungen und die herrschenden Klassen können einen Ausweg aus dem Chaos grauenhaften Elends nicht finden. Um die Menschheit vor dem Untergang zu retten, ist es mehr denn je geboten, daß alle Völker sich von kapitalistischer Herrsch- und Ausbeutungsucht und von der Zwingherrschaft des Militarismus befreien. — Die Kriegskredite dienen der Politik, die den Krieg geboren und das Verderben über die Völker gebracht hat. Wer die Kriegskredite bewilligt, billigt die bisher betriebene Politik und ermächtigt die Regierung zur Fortsetzung derselben. (Große Heiterkeit bei der Mehrheit.) Er stützt den Kapitalismus und Militarismus und trägt zur Verlängerung des Krieges bei. — Wer ehrlich den Frieden will, darf nicht für die Kredite stimmen. Wir lehnen sie ab und wissen uns eins mit den Volksmassen aller Länder in dem Rufe: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Nieder mit dem Krieg! (Lachen und Unruhe bei der Mehrheit. — Beifall bei den U. Soz.)

Die Kriegskredite in Höhe von 15 Milliarden Mark werden in zweiter und zugleich auch in dritter Lesung gegen die Stimmen der U. Soz. angenommen.

Es liegt noch ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes zur Förderung des Kleinwohnungsbaues für Reichs- und Militärbedienstete vor, der in die Fürsorge des Reichs auf diesem Gebiet auch Kriegsbeschädigte und Witwen der in diesem Kriege Gefallenen einbeziehen will.

Er wird in allen drei Lesungen angenommen.

Präsident Fehrenbach schließt die Sitzung mit dem Hinweis, daß die Friedensverträge mit der Ukraine, Rußland und Rumänien wohl im einzelnen zur Kritik Anlaß geben, vom Volke aber, das sie im ganzen betrachtet, werden sie mit großer Genugtuung und dankbarer Anerkennung auch für den scheidenden Staatssekretär v. Kühlmann aufgenommen werden. Leider haben wir unserem Volke den ersehnten Frieden nicht bringen können, doch trägt die Schuld daran weder das deutsche Volk, noch der Deutsche Reichstag, noch die deutsche Regierung. Diese alle wollen einen auch für die Gegner ehrenvollen Frieden; diese aber verharren bei ihrem Vernichtungswillen gegen das deutsche Volk. Und da gibt es nichts anderes, als ihn zu brechen. Wir vertrauen auf Gottes Schutz und auf unser Heer, das die Grundlage zu einem dauernden Frieden schaffen wird. (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident schlägt darauf die

Vertagung bis zum 5. November

vor.

Abg. Haase (U. Soz.): Im gegenwärtigen Augenblick, wo ein neuer Staatssekretär des Auswärtigen ernannt ist, muß der Reichstag zusammenbleiben; er darf sich nicht der Möglichkeit berauben, bei wichtigen Entscheidungen mitzuwirken.

Der Vorschlag des Präsidenten wird angenommen.

Der Präsident erbittet und erhält die Ermächtigung, falls irgendwelche Ereignisse eine frühere Einberufung des Reichstages erforderlich erscheinen lassen, den Reichstag schon vor dem 5. November einzuberufen.

Schluß: 12½ Uhr.

Reichstagsvertagung.

Der Reichstag erledigte am Sonnabend zunächst das Branntweinmonopol in dritter Lesung. Gegen die Beschlüsse der zweiten Lesung wurden nur unwesentliche Aenderungen beschlossen, ein Ansturm seitens der Volksparteien, dem sich auch die Nationalliberalen, das Zentrum und die Konservativen anschlossen, die zur Bekämpfung der Trunksucht ausgesetzten 4 Millionen Mark auf eine Million herabzusetzen, wurde abgeschlagen, mit unseren Genossen stimmten eben doch noch einige Abgeordnete des Zentrums und der rechten Seite des Hauses, von denen die Abgg. Mumm und besonders wirksam Graf Posadowsky neben dem Genossen Davidsohn und dem unabhängigen Sozialdemokraten Wurm für die Beibehaltung der 4 Millionen Mark eintraten.

Dann wurden die Kriegskredite in zweiter und dritter Lesung angenommen, wobei Genosse Ebert die Zustimmung unserer Genossen, Abg. Geyer die ablehnende Haltung der unabhängigen Sozialdemokraten in einer Erklärung begründete, durch die ein Licht geworfen wird auf die unlogische unabhängige Kriegspolitik.

Zum Schluß wurde noch ein erst eingegangener Gesetzentwurf debattelos angenommen, der in die Wohnungsfürsorge des Reiches beim Kleinwohnungsbau für Reichs- und Militärbedienstete auch die Kriegsbeschädigten und die Wittwen der gefallenen Krieger aufnehmen will.

Das Haus vertagte sich sodann bis zum 5. November.

Vor der Reichsratstagung in Oesterreich.

Nach langen Zaudern und Zögern hat sich die österreichische Regierung unter dem Druck der schlechten Ernährungsverhältnisse, der Nachrichten von der Südwestfront und der allgemeinen schlechten Stimmung zur Einberufung des Parlaments veranlaßt gesehen, die sie mehr als zwei Monate unter nichtigen Vorwänden verzögert hatte. Nichtig waren die Vorwände, weil eine Probe auf das Exempel wohl ergeben hätte, daß die wenigsten Parteien zu einer Vernichtung der einzigen ihnen zur Verfügung stehenden, relativ freien Rednertribüne bereit gewesen wären, so grimmige Gesichter sie auch schneiden mochten. Die Staatsnotwendigkeiten wären also vermutlich bewilligt worden, wie sie auch jetzt wahrscheinlich werden bewilligt werden. Allerdings hat die Regierung von 516 Abgeordneten nur knappe 200 auf ihrer Seite, nämlich die Deutsch-Bürgerlichen und die Ukrainer. Es kann sehr leicht passieren, daß Dr. v. Seidler zum Rücktritte gezwungen wird. Aber damit ist nur bewiesen, daß Dr. Herr v. Seidler für die Führung der obersten Regierungsgewalt in diesen kritischen Zeiten ungeeignet ist, nicht aber, daß das Parlament nicht arbeiten kann oder will.

Nun darf nicht vergessen werden, daß ein Sturz der österreichischen Regierung durch jene Nationen und Parteien, die nicht als enthusiastische Verehrer Deutschlands bekannt sind, sehr leicht von der Entente als ein Sieg ihrer Freunde aufgefaßt werden kann. Seit fast einem halben Jahre haben die nationalen und sozialen Wirren Oesterreichs, die großen Hungersnöte usw. eine der Hoffnungen der Entente gebildet.

Vor dem Kriege hatte die österreichische Regierung in den Polen eine bewährte Schutztruppe, wofür sie die Dinge in Galizien laufen ließ, wie sie eben liefen. Im Kriege ist das Streben der Polen nach einem einheitlichen geschlossenen Polenreiche sehr stark geworden, zum mindesten verlangen sie Bürgschaften, daß Deutschland auf Kosten Kongreß-Polens keine Annexionen vornehmen solle. Wollen die Polen auf der einen Seite das nationale Prinzip reinlich gewahrt wissen, so verlangen sie auf der andern Seite den Verzicht auf die in dem Geheimvertrage mit der Ukraine zugesicherte Teilung Galiziens in ein westliches polnisches und ein östliches ukrainisches Kronland. Daneben laufen Wünsche auf Einsetzung eines bürgerlichen Statthalters an Stelle des Militärgouverneurs in Galizien und auf große finanzielle Unterstützungen zum Wiederaufbau des verwüsteten Landes, die zu bewilligen Oesterreich aus dem Grunde so schwer ist, weil niemand weiß, ob Galizien nicht doch noch einmal zu Kongreß-Polen kommt und ob und in welchem Ausmaße es dann an der Verzinsung und Tilgung der österreichischen Kriegsschuld teilnehmen wird.

Die Polen haben tatsächlich verstanden, die österreichische Regierung in der auswärtigen Politik vollkommen in den Dienst ihrer Ideen zu stellen. Es ist noch in Erinnerung, daß Baron Burian die militärische, politische und wirtschaftliche Vertiefung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses von der Zustimmung Deutschlands zur austro-polnischen Lösung abhängig macht. Da Deutschland wirtschaftlich, militärisch und politisch an der Gestaltung der Verhältnisse in Kongreß-Polen sehr stark interessiert ist, da es sich ferner über die Wirkung der austro-polnischen Lösung auf den Bündniswert Oesterreich-Ungarns vollkommen klar sein muß, so verhält es sich gegenüber den österreichischen Wünschen sehr abwartend. Auf der andern Seite wollen wieder die Oesterreicher ohne Erfüllung ihrer polnischen Forderungen in keine stärkeren politischen und wirtschaftlichen Bindungen willigen. Die deutsch-bürgerlichen Parteien in Oesterreich haben in diesen Tagen versucht, den Baron Burian zu bewegen, die Regelung der polnischen Frage von der Vertiefung des Bündnisses zu trennen. Was Baron Burian geantwortet hat, ist nicht bekannt. Allein es ist kaum wahrscheinlich, daß dieser Schritt nachhaltigen Erfolg haben wird. Unter diesen Umständen glaubt der Berliner Korrespondent der Neuen Freien Presse, die einsetzenden Salzburger Verhandlungen nur als eine „Fühlungnahme" bezeichnen zu können.

Konferenz beim Ministerpräsidenten von Seidler.

Wien, 13. Juli. Gestern fand eine äußerst wichtige Konferenz der Deutsch-Nationalen, Christlichsozialen und Sozialdemokraten beim Ministerpräsidenten Dr. von Seidler statt, an der auch der Bürgermeister von Wien, Dr. Weißkirchner, teilnahm, obwohl er kein Abgeordnetenmandat bekleidet. Man wollte die Sozialdemokraten dazu haben, für das Budgetprovisorium und die Kriegskredite zu stimmen. Dafür sollten ihnen Konzessionen in bezug auf ein reformiertes Gemeindewahlrecht gemacht werden. Das ist auch der Grund, warum der Bürgermeister von Wien an dieser Konferenz teilnahm.

Präsident Kramarcz und tschechisches Staatsrecht.

Wien, 14. Juli. Die Blätter melden aus Prag: Gestern hat die Gründungssitzung des Tschechischen Nationalausschusses stattgefunden, in der Kramarcz zum Präsidenten gewählt wurde. Der Nationalausschuß beschloß, einen Aufruf an das tschechischslowakische Volk zu richten, in dem es heißt: Die Aufgabe des tschechoslowakischen Volkes liegt in der Arbeit zur Erreichung des Selbstbestimmungsrechtes in einem selbständigen, demokratischen, tschechoslowakischen Staate mit eigener Verwaltung im eigenen Hause und unter eigener Oberherrschaft.

Oesterreichischer Heeresbericht.

wtb. Wien, 14. Juli 1918. Zwischen dem Garda-See und der Etsch war beiderseits das Gefechtsfeuer sehr lebhaft. An der venetianischen Gebirgsfront hat sich die Gefechtstätigkeit wieder gesteigert. Gestern warfen auf dem Sasso Rosso unsere Sicherungstruppen feindliche Erkundungstruppen zurück. Heute früh griffen italienische Abteilungen südöstlich von Asiago und nördlich vom Monte di Vall Bella vergebens an. Auch ein Gefecht am Westhange des Brenta-Tales endete zu unseren Gunsten.

In Albanien fühlen die Gegner allmählich gegen unsere neue Widerstandslinie vor. Im Devoli-Tal wurde eine französische Eskadron abgewiesen.

Der Chef des Generalstabes.

Italienischer Heeresbericht vom 12. Juli. Zeitweilig aussetzende, wenig heftige Artillerietätigkeit auf der ganzen Front. Im Becken von Laghi (Posina) und im Astatale vernichteten unsere Patrouillen zwei feindliche kleine Posten und machten einige Gefangene. Am Cornone kostete ein feindlicher Angriffsversuch, der scheiterte, dem Gegner empfindliche Verluste. Ein feindliches Flugzeug wurde über Feltre abgeschossen.

Der Krieg zur See.

wtb. Berlin, 14. Juli. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote 16 500 Br.-R.-T. feindlichen Handelsschiffsraums vernichtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der Luftkrieg.

Bombenabwürfe englischer Flieger auf Brügge.

Berlin, 14. Juli. Englische Flieger haben wiederum auf Brügge Bomben abgeworfen, die Opfer unter der Zivilbevölkerung forderten und erheblichen Gebäudeschaden anrichteten.

Ein Luftangriff auf Konstantinopel.

Basel, 14. Juli. Der Bericht des englischen Seeflug-Dienstes meldet: Am 7. Juli wurde Konstantinopel mit einer halben Tonne Bomben belegt. Alle Flugzeuge sind unversehrt zurückgekehrt.

Zur Lage in Rußland.

Annäherung an die Bolschewiki.

Moskau, 12. Juli. Zwischen den bürgerlichen Parteien, von den Kadetten angefangen bis nach der äußersten Rechten und den Bolschewiki, beginnt sich, wenn auch allmählich, eine Annäherung zu vollziehen. Während den Sozialrevolutionären jede politische Betätigung unterbunden wird, betreiben die bürgerlichen Politiker trotz des verschärften Belagerungszustandes eine lebhafte Propaganda für die Einberufung eines Parlaments. Es soll sich dabei nicht um eine Wiedereinberufung der Duma in ihrer alten Form handeln. Wie in hiesigen, über die Unterströmungen in der Bolschewikipolitik gut unterrichteten Kreisen verlautet, steht die Sowjetregierung diesem Gedanken durchaus wohlwollend (?) gegenüber. Lenin und Trotzki sollen hierin die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem Bürgertum (?) erblicken, das sich nicht auf die Dauer vom politischen Leben ausschalten läßt; sie hoffen, sich auf diese Weise von dem Odium der Auseinandersprengung der Konstituante zu befreien und Bundesgenossen für den Kampf gegen die Sozialrevolutionäre zu gewinnen.

Die letzten Vorgänge in Moskau.

Stockholm, 13. Juli. Nach den Erzählungen einer hier eingetroffenen Persönlichkeit über die letzten Vorgänge in Moskau, haben die eigentlichen Kämpfe zwischen den Sozialrevolutionären und den Bolschewisten sich in der Nähe einer zu den Feinden der Bolschewisten übergegangenen Kaserne abgespielt. Die Kaserne wurde umzingelt, und als die sich dort aufhaltenden Soldaten und Zivilisten, darunter vermutlich auch die beiden Mörder des Grafen Mirbach, nicht ergeben wollten, mit Kanonen beschossen. Was nicht getötet wurde,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180715-12/fragment/page=0002

mußte sich ergeben. Die Bolschewisten konnten der Lage schnell Herr werden, da die lettischen und finnländischen treugebliebenen Truppen schnell und energisch vorgingen. Ein Teil des Personals der deutschen Gesandtschaft, der sich am Tage des Mordes nach Deutschland begab, wurde unter dem Schutze einer 40 Mann starken Wache des Lettenregiments zum Bahnhof gebracht. Der Zug, den das deutsche Personal benutzte, wurde mit Maschinengewehren ausgerüstet.

Ueberführung der Frau Spiridowna nach Petersburg.

Stockholm, 13. Juli. Viele der neuverhafteten Gegner der Bolschewisten, die vor kurzem noch zu ihren besten Freunden zählten, darunter Frau Spiridonowa, werden, wie der Korrespondent der Telegraphen-Union erfährt, vorsichtshalber nach Petersburg gebracht. Frau Spiridonowa, die in Odessa während des Umsturzes die hervorragendste Rolle spielte, wurde während der 18 Stunden dauernden Tagung der Konstituante von den Bolschewisten für die Leitung der Konstituante vorgeschlagen, mußte aber infolge des Sieges Tschernows zurücktreten.

Selbstmord Murajews.

Murajew, der Oberbefehlshaber der gegen die Tschecho-Slowaken kämpfenden russischen Truppen, ein Mitglied der Partei der linken Sozialrevolutionäre, hat verräterischer Weise seine Truppen gegen Moskau führen wollen, um einen zum Zweck eines Krieges mit Deutschland geplanten Handstreich auszuführen. Sämtliche Truppen, mit Ausnahme einiger ihm nahestehenden Personen weigerten sich, seine verräterischen Absichten zu unterstützen. Er wandte sich dann nach Simbirsk und verhaftete den dortigen Sowjet, als er sich weigerte, sich seinen Befehlen zu fügen. Angesichts der völligen Aussichtslosigkeit seines Planes beging Murajew Selbstmord. Der Verrat Murajews hatte nicht die geringste Wirkung auf die Bewegung der Truppen, die ihre Treue für die Sowjetregierung durch die Fortsetzung des Vormarsches gegen die Tschecho-Slowaken bewiesen.

Buchanan an der Murmanküste.

Stockholm, 15. Juli. Der in Archangelsk, trotz und neben der britischen Gewaltherrschaft noch immer fungierende örtliche Sowjet, hat auf Grund des neuerlichen Erlasses der Moskauer Regierung, wonach der Personenverkehr nach und aus Archangelsk verboten wurde, die Arbeiterorganisation der Archangelsk-Wologdaer Eisenbahn angewiesen, Buchanan und seine Begleitung die Weiterreise nach Wologda zu verweigern.

Englisch-russischer Krieg?

Wi., 15. Juli. Moskauer Blätter erfahren: Das Vorgehen Englands deute darauf hin, daß von dieser Seite ein ernster Schlag gegen das revolutionäre Rußland geplant werde. Allgemein sei man der Ansicht, daß man sich am Vorabend eines russisch-britischen Krieges befinde. Die Sowjetregierung treffe alle Vorkehrungen, um vor Ueberraschungen geschützt zu sein.

Japans Ziele in Wladiwostock.

Amsterdam, 13. Juli. Aus Moskau wird gemeldet: Die Investija schreibt: Der japanische Gesandte in Moskau hat an die russische Sowjetregierung eine Note über das Ziel der japanischen Truppenlandungen in Wladiwostock überreicht. Nach dieser Note sind die japanischen Truppen gesandt worden, um die Interessen der Alliierten in Ostasien wahrzunehmen, ebenso wie dies seitens der Engländer an der Murmanküste geschehen ist. Es wird von dem künftigen Verhältnis der Alliierten und den Sowjetrepubliken abhängen, wie die Truppen in der nächsten Zeit auftreten werden.

Eine neue sozialdemokratische Partei in Finnland.

cb. Das neugegründete sozialdemokratische Organ Työn Valta in Helsingfors hat vor einigen Tagen den Programmentwurf für eine sozialdemokratische Partei veröffentlicht, deren Errichtung auf einer Zusammenkunft am 30. Juni beschlossen wurde. Der Name der Partei soll lauten: Sozialdemokratische Reformpartei Finnlands. Unter ihren Forderungen stehen voran: Republikanische Verfassung, Präsidentenwahl durch Landtag, Exekutivgewalt der verantwortlichen Regierung, Volksinitiative und Referendum, Miliz neben der eigentlichen Armee, Achtstundentag, Staatshilfen an Frohnpflichtige, Käthner und Hintersassen für Erwerbung selbständigen Eigentums oder Erbpachtgüter, Enteignung der Großgrundbesitzer und Kolonisation, Anfall des Wertzuwachses an den Staat u. a. Die erwähnte Versammlung beschloß eine Delegation zum Chef der Zivilverwaltung zu senden, um zu erfahren, ob die Regierung der neuen Partei Hindernisse in den Weg legen werde. Von der Entscheidung wird die Organisationsarbeit abhängig gemacht. In die neue Partei sollen auch Personen aufgenommen werden können, die nur gezwungen am Aufstand teilgenommen und bedingte Freilassung verlangt haben. Aber auch sie sollen, so lange die Freilassung bedingt bleibt, keine Vertrauensposten bekleiden dürfen.

Die Iren über Irland.

Bern, 12. Juli. Von dem irischen Notschrei, den die aus Führern der Sinnfeiner, der Nationalistenpartei und des irischen Arbeitertums bestehende Dubliner Mansionhouse Conference unlängst an den Präsidenten Wilson richtete, veröffentlichte Daily News am amerikanischen Unabhängigkeitstage einen Auszug, der, wiewohl offenbar stark zensuriert, die eindringliche Natur des Appells und den scharf anklagenden Charakter des Dokuments genügend erkennen läßt.

Die Adresse beginnt mit folgender Begründung: Als vor anderthalb Jahrhunderten die amerikanischen Kolonien auf dem alten Grundsatz bestanden, daß die Untertanen nicht ohne Zustimmung ihrer Vertreter besteuert werden dürften, strebte England an, sie zu zermalmen, heute droht England das irische Volk zu zermalmen, wenn es nicht gegen den Protest seiner Vertreter die Steuer nicht in Geld, sondern in Blut entrichte. Während der amerikanischen Revolution appellierten die Vorkämpfer eurer Freiheiten an das irische Parlament gegen die britische Aggression und baten um die sympathische Beurteilung ihres Vorgehens und die Geschichte lehrt, was das Verdikt war. Heute ist es an uns, an das amerikanische Volk zu appellieren. Die Adresse, die beiläufig der schändlichen Abschaffung des irischen Parlamentes gedenkt, führt weiter aus, daß im vierten Jahre eines vorgeblich zur Verteidigung der kleinen Nationen begonnenen Krieges Irland unter der Nichtachtung der Wünsche des irischen Volkes gegen den Protest der irischen Parlamentsvertreter von einem übrigens unkonstitutionellen Parlament die Wehrpflicht auferlegt werde, wodurch in das Grundprinzip des Selbstbestimmungsrechts tief eingeschnitten werde. — Es handle sich jetzt darum, ob fortan das gesamte wirtschaftliche, soziale und politische Leben Irlands der unkontrollierbaren Verfügung einer anderen Rasse überlassen bleiben dürfe, deren Recht, für Irland gültige Gesetze zu erlassen, vom irischen Standpunkte aus lediglich auf Gewalt und Betrug beruht.

Ein kurzer Absatz gedenkt der früheren englischen Mißherrschaft über Irland; es heißt darin: Wir übergehen hier die Geschichte der Zerstörung unserer Industrien, der künstlich herbeigeführten Hungersnöte, der Anzettelung von Aufständen, der zahlreichen Unterdrückungsakte, die in dem durch Urkundenfälschung herbeigeführten dauernden Repressionsakt gipfelten, der das Jubiläumsjahr der Königin Victoria verherrlichte. Auf unserer Insel sind die Aufhebung der Habeascorpus-Akte, die Unterdrückung des freien Wortes, Hängen, Erschießen, Bajonettieren die allergewöhnlichsten Ereignisse. Das Dokument erinnert daran, daß vor siebzig Jahren das irische Volk acht Millionen zählte, normaler Weise heute sechszehn zählen sollte, tatsächlich auf viereinhalb Millionen zurückgegangen ist. Während 750 Jahren der Fremdherrschaft, heißt es weiter, hat das irische Volk niemals Gelegenheit gehabt, eine

Deutscher Heeresbericht vom 14. Juli.

wtb. Großes Hauptquartier, 14. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf dem Westufer der Avre tagsüber rege Artillerietätigkeit. Am Abend lebte sie auch an der übrigen Front in Verbindung mit Erkundungsgefechten auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Oertliche Kämpfe am Walde von Villers Cotterets. Nach starker Artillerievorbereitung griff der Feind am Abend westlich von Chateau-Thierry an. Er wurde blutig abgewiesen. Das nächtliche Störungsfeuer war zeitweilig lebhaft.

Bei aufklärendem Wetter stießen unsere Bombengeschwader zu nächtlichen Angriffen gegen die feindlichen Bahnanlagen an der französischen Küste zwischen Dünkirchen—Boulogne—Abbeville, im Raume Lillers—St. Pol—Doullens, sowie in Gegend von Crepy en Valois und Villers Cotterets vor.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

einzige selbstlose hochherzige Tat der Herrscher zu bewillkommnen. Die Union brachte England eine Zunahme an Reichtum der Bevölkerung und Macht, Irland höhere Steuern, verkrüppelte Industrie, anschwellende Auswanderung, hartherzige Beamtenwirtschaft.

Die Adresse übte beißende Kritik an der von der britischen Verwaltung begünstigten Ulster-Agitation, bezeichnet die Versuche Lloyd Georges zu einem irischen Ausgleich als unaufrichtige Manöver und weist darauf hin, daß die Parlamente Australiens und Südafrikas die Wehrpflicht abgelehnt haben. Sie bemerkt, daß das britische auswärtige Amt zu verhindern versucht habe, daß der Präsident der verbündeten Vereinigten Staaten aus erster Hand eine Information über Irlands Widerstand gegen die Wehrpflicht erhalte und betont: Zuversichtlich richten wir die Blicke auf Sie und Amerika, für dessen Befreiung die Iren viel auf das Spiel gesetzt haben. Wir hoffen, daß Sie ihr Ohr und Ansehen unserem Gebete leihen werden, daß kein weiteres unprovoziertes Unrecht gegen die Schutzlosen dieses schlimme Jahrhundert beflecken möchte.

Das Dokument schließt: In jeder Generation wird die irische Nation herausgefordert, erneut ihre Beschwerden zu formulieren. Gegenüber der jetzigen Herausforderung erfolgt die Antwort von keinem kleinen Forum, sondern vor dem Gerichtshofe der Welt. Mit unserer Antwort legen wir, wie einst Amerika, unsere Sache vor die „tugendhaft und menschlich Gesinnten" und zugleich demütig vor den Richtenstuhl Gottes.

•

Maßnahmen Frenchs in Irland.

Bern, 13. Juli. French hat eine Proklamation erlassen, die auf Grund eines bestehenden Gesetzes aus den 1800 er Jahren die Auflösung der fünf größten Agitationsorganisationen ankündigt. Es sind dies der Sinnfeinerverband, die Gaelische Liga und die angegliederten Organisationen verwandter Ziele.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Nur Nervosität?

Von einem Artikel der Norddeutschen Allgemeinen, der die Vorgänge der vergangenen Woche erörtert, ist der Schluß bemerkenswert:

„Die vergangene Woche gehörte wohl zu den politisch bewegtesten des ganzen Krieges. Aus der Tatsache, daß sich schließlich einfache und überzeugende Ergebnisse bilden ließen, könnte geschlossen werden, daß die Bewegung nicht frei von Nervosität war. Die Ergebnisse wurden dahin festgestellt: Einheitlichkeit der politischen und militärischen Leitung nach einheitlichen, offen bekannten Zielen, gestützt auf den Mehrheitswillen des Reichstages als der Vertretung des deutschen Volkes. Diese Formel war äußerlich immer die politische Rechtsnorm des Krieges, innerlich war sie ins Schwanken gekommen, als persönliche Reibungen, die auch in der Politik nicht zu vermeiden sind, die Präzision des Mechanismus beeinträchtigten. Es ist kein großes Verdienst, aber immerhin ein Verdienst, daß keiner der Beteiligten ernsthaft auf die Idee verfiel, das Uhrwerk zu zerstören, weil sich ein Staubkern zwischen die Räder geschoben hatte!"

Der offiziöse Nervendoktor und Uhrendiagnostiker täte gut, bei seinen Nervenuntersuchungen etwas gründlicher zu verfahren und bei der Beobachtung der Reichsuhr zu bedenken, daß Uhren Dinge sind, die sehr vorsichtig behandelt werden müssen!

Das Reich und die Reichen.

Die Kreuzzeitung bespricht die Steuerpolitik des Reiches und bemerkt: „Das Gesetz über die außerordentliche Kriegsabgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen der Einzelpersonen bedeutet einen erneuten schweren Einbruch des Reiches in das Gebiet der Besteuerung von Einkommen und Vermögen". Man würde nach gleichen oder ähnlichen despektierlichen Bemerkungen über das Deutsche Reich in der sozialdemokratischen Presse vergebens suchen.

Die Immunität der Landtagsabgeordneten.

Auf den Vorschlag des Seniorenkonvents der hessischen Zweiten Kammer beschloß die Kammer einen neuen Artikel (84), der den Zweck haben soll, die Immunität der Landtagsmitglieder eindeutiger zu umschreiben:

„Mitglieder der Ständeversammlung können von der Einberufung des Landtages an bis zur Schließung oder Auflösung derselben ohne Genehmigung der Kammer, welcher sie angehören, wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung nicht zur Untersuchung gezogen oder in Untersuchungshaft genommen werden. Die Genehmigung der Kammer ist nicht erforderlich, wenn ein Mitglied der Ständeversammlung bei Ausübung der Tat oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird. In diesem Falle ist jedoch von der für die Behandlung der Sache zuständigen Behörde alsbald der Kammer, zu welcher der Verhaftete gehört, von dem Vorgang unter Darlegung des Sachverhalts Anzeige zu erstatten. Die im Absatz 1 erwähnte Genehmigung ist für die angegebene Zeit auch bei der Zivilhaft erforderlich, soweit eine reichsgesetzliche Regelung nicht vorliegt. Auf Verlangen der Kammer wird jede gegen ein Mitglied derselben eingeleitete Untersuchung für die in Absatz 1 erwähnte Zeit aufgehoben. Das gleiche gilt für eine Zivilhaft, soweit eine reichsgesetzliche Regelung nicht vorliegt."

8000 Schweine krepiert.

Genosse Reichstagsabgeordneter Wels sendet der Deutschen Tageszeitung folgende Zuschrift:

„Die Deutsche Tageszeitung vom 12. Juli bringt eine Mitteilung der Direktion des Magerviehhofes Berlin-Friedrichsfelde zur Kenntnis ihrer Leser, daß „die von dem Abg. Wels in der 185. Sitzung des Reichstages gemachte Aeußerung, nach welcher auf dem Viehhof 8000 Schweine der Heeresverwaltung krepiert seien, den Tatsachen nicht entspricht."

Die Berichtigung ich berechtigt. Sie richtet sich aber nur gegen einen Irrtum der Berichterstattung, nicht gegen die Tatsache an sich, denn ich habe, wie das Protokoll ausweist, von dem Viehhof in Friedrichsfelde nicht gesprochen. Die 8000 Schweine krepierten in den Schlachträumen der Heeresverwaltung auf dem Zentralviehhof in Berlin. Daß die Tatsache unbestritten ist, habe ich durch Verlesung des darüber zwischen dem Berliner Magistrat und der Zentralstelle für Beschaffung der Heeresverpflegung gepflogenen Briefwechsels dargetan. Die Richtigkeit wurde im weiteren durch das Schweigen des Vertreters des Kriegsministeriums im Kriegsernährungsamt auch von dieser Stelle zugegeben."

Eine Stadt unter Anklage.

In dem von der Staatsanwaltschaft am Landgericht II in Berlin gegen den Neuköllner Magistrat eingeleiteten Strafverfahren wegen Höchstpreisüberschreitung und ähnlicher Verstöße gegen die Kriegswirtschaftsverordnungen ist den angeklagten Stadträten Mier und Adam und den Stadtsekretären Voigs, Siewert, sowie den Kaufleuten Bawitzki, Kerstian und Stein-Schwetz die Anklageschrift überreicht worden. Sie umfaßt 11 Seiten und legt besonderes Gewicht auf den Ankauf und die unberechtigte Vermahlung von Saatgut. Besonders soll Roggen, Hafer, Gerste, Peluschken, Wicken und Bohnen vermahlen und der Bewirtschaftung entzogen worden sein. Der städtische Lebensmittelaufkäufer Stein-Schwetz wird beschuldigt, vor seiner Tätigkeit in Neukölln der Stadt Köpenick Dienste geleistet zu haben. Einem der angeschuldigten Magistratsbeamten wird auch vorgeworfen, Geldgeschenke angenommen zu haben, ein Teil der Anklage, der mit der gegen die Stadt gerichteten Aktion in einem sehr losen Zusammenhange steht und wahrscheinlich abgetrennt werden wird.

In einer sofort nach Zustellung der Anklageschrift zusammengetretenen Sitzung der Neuköllner Notstandskommission wurde allgemein zugegeben, daß die Vermahlung von Saatgut hätte geschehen müssen, zur Aufrechterhaltung der Volksküchenbetriebe. Die juristische Beurteilung der Anklageschrift geht dahin, daß das positive Material äußerst dürftig sei und daß der Staatsanwalt viel mit Vermutungen arbeite. Auch die Rechtslage sei unklar, da Zweifel darüber obwalten, daß die angeklagten Magistratsmitglieder für die Beschlüsse der Kriegsnotstandskommission haftbar seien. Wie wenig sich der Verfasser der Anklageschrift über die städtische Organisation klar geworden sei, zeige der Umstand, daß in der Anklageschrift die Kriegsnotstandskommission als eine „Unterkommission des Magistrats" bezeichnet werde. Ob der Staatskommissar für Volksernährung auf die Angelegenheit Einfluß genommen habe, wird bezweifelt, obwohl er seinerzeit den Regierungspräsidenten angewiesen hat, die Beamten der Stadt zu Zeugenaussagen zu veranlassen.

Aus der Partei.

Aus der Unabhängigen Organisation.

J. K. Der Wahlverein der Unabhängigen für Teltow-Beeskow-Charlottenburg ist nach dem Bericht in der Generalversammlung, den das „Mitteilungsblatt" wiedergibt, im vergangenen Jahre von 8628 auf 5885 Mitglieder zurückgegangen. Durch Uebertritte usw. verringert sich der Verlust auf 2191 Mitglieder. Trotzdem mehr als zwei Drittel der Mitglieder männlich sind, betrug die gesamte Jahreseinnahme an Mitgliedsbeiträgen nur 12 242 Mark, was nicht gerade darauf schließen läßt, daß die letzten 6000 Unabhängigen in Teltow-Beeskow sehr fest bei der Sache sind.

Aus aller Welt.

Gasvergiftung. München, 15. Juli. In der tierärztlichen Anstalt der Universität wurde der Assistent Bruno König mit seiner Braut, der Assistentin an der geologischen Station der Anstalt Gertrud Dietl an Gasvergiftung tot aufgefunden. Es scheint ein Unglücksfall vorzuliegen.

Ein impulsiver Klein-Agrarier. Stuttgart, 13. Juli. Aus Aerger über die Ablieferungspflicht hatte der Hofbesitzer Schmid in Fischbach bei Tettnang beschlossen, sein Gut nicht mehr zu bebauen. Er bewirtschaftete den Hof als Junggeselle mit seinem ebenfalls unverheirateten Bruder. Die beiden stellten sich auf den Stadpunkt, es genüge für sie, wenn sie soviel anbauten, wie sie selbst brauchten. So griff denn die Behörde ein und bestimmte einen Nachbarn, der die Bestellung des Gutes zu besorgen hatte. Der Nachbar bestellte im Frühjahr die Aussaat and besuchte öfters das Gut, um sich vom Stande der Felder zu überzeugen. Hatten sich die beiden Brüder schon nur mit Mühe in die Bestellung der Aecker gefügt, so wollten sie diese Kontrollbesuche überhaupt nicht zulassen. Als der Nachbar wiederum auf dem Gut erschien, erwartete ihn Schmid mit einem geladenen Gewehr und gab auf ihn und den ihn begleitenden Knecht drei Schüsse ab, die den Nachbar trafen. Der Knecht war inzwischen hinter eine Hecke geflüchtet. Der rabiate Bauer wurde von einem Gendarm festgenommen.

Vermischtes.

Vernichtung wertvoller Papiere. Papiergeld, das unbrauchbar geworden ist, muß vernichtet werden. Ebenso ist es jetzt nötig, große Massen von Brotkarten und dergleichen zu zerstören, wenn sie ihren Dienst geleistet haben. Früher erfolgte die Vernichtung auszuscheidenden Papiergeldes in besonders eingerichteten Oefen, deren Einrichtung eine Gewähr dafür bot, daß das Papier wirklich restlos verbrannte, so daß kein Mißbrauch damit getrieben werden konnte. Heute stellt man sich auf einen anderen Standpunkt. Auch dieses Altpapier hat seinen Wert, und es läßt sich aus ihm immer wieder neues Papier herstellen, wenn dieses auch geringere Eigenschaften hat als das ursprüngliche. Die erste Papiervernichtungsmaschine, die eine Wiederbenutzung ermöglicht, wurde kürzlich von der Stadt Berlin in Betrieb gesetzt. Bei dieser Maschine wird aus dem Papier in großen Kesseln eine breiige Masse hergestellt, und aus dieser entsteht dann eine Pappe, die durchaus brauchbar ist. So lernen wir immer mehr unsere Stoffe in einen gewissen Kreislauf zu bringen, in dem sie sich immer wieder erneuern.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Graupen. Von Dienstag ab auf Marke 208 des Warenbezugsscheines 17 für jede Person 1/4 Pfd., entweder Kartoffelgraupen für 1.20 M. pro Pfd. oder Graupen- und Graupengrütze für 36 Pf. pro Pfund.

Kaffee-Ersatz. Dienstag, vormittags 8—12 Uhr: Nr. 1—8000, nachmittags von 2—6 Uhr Nr. 8001—61000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person 1/4 Pfund für 3 Mark pro Pfund.

Mager- oder Buttermilch. Dienstag nachmittags von 2 Uhr an auf Abschnitt 10 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei den Milchhändlern Arndt, Nikolaistraße 12, Harnisch, Schülers Hof 11, Krebs, Lerchenfeldstraße 22, Wipfel, Kellnerstraße 8. Jede Person 1/2 Liter auf Nr. 3001 bis 5000 und Nr. 9001—1200 der neuen Lebensmittelscheine.

Quark. Dienstag auf Abschnitt 10 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei den Milchhändlern John, Kl. Ulrichstraße 26, Brockhaus, Ludwigstraße 26 sowie in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Schulstraße 13. Jede Person 1/2 Pfund auf Nr. 5001—9000.

Süßstoff. Für Monat Juli jeder Haushalt ein Briefchen für 25 Pf. in den Drogengeschäften und Apotheken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180715-12/fragment/page=0003
DFG

Bekanntmachung.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, **am Montag, den 15., Dienstag, den 16. und Mittwoch den 17. Juli d. J.** bei den von ihnen gewählten Großhändlern die in nächster Woche zum Verkauf gelangende **Marmelade** abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 13. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Die Inhaber von Apotheken- und Drogengeschäften werden aufgefordert, am **Montag, den 15. Juli 1918,** vormittags von 8 bis 12½ Uhr im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, II. Obergeschoß, Zimmer 9, die **Bezugsscheine für Saccharin** in Empfang zu nehmen.

Ein Ausweis ist mitzubringen.

Halle, den 13. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Verordnung

über den Verkehr mit Getreide, Hülsenfrüchten, Buchweizen und Hirse aus der Ernte 1918 zu Saatzwecken.

Vom 27. Juni 1918.

Auf Grund des § 9 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 484) wird bestimmt:

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Die Lieferung von Früchten (§§ 1, 2 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918) zu Saatzwecken ist nur gegen Saatkarte erlaubt. Das gleiche gilt für den Abschluß von Rechtsgeschäften, durch die eine Verpflichtung zu solcher Lieferung begründet wird.

Die Vorschriften im Abs. 1 gelten nicht für den Verkehr zwischen den Züchtern von Originalsaaten und ihren Vermehrungsstellen.

§ 2.

Die Ausstellung der Saatkarte muß von demjenigen, der Früchte zu Saatzwecken erwerben will, schriftlich bei der von der Landeszentralbehörde bestimmten Ortsbehörde beantragt werden. Oertlich zuständig ist die Behörde, in deren Bezirk der Antragsteller seine gewerbliche Niederlassung oder in Ermangelung einer solchen seinen Wohnsitz hat. Ist der Antragsteller Unternehmer eines landwirtschaftlichen Betriebs (Landwirt), so ist in dem Antrag die Anbaufläche zu bezeichnen, für die das Saatgut verwendet werden soll.

Die Ortsbehörde hat die Richtigkeit der Angaben des Antrags, insbesondere hinsichtlich der Anbaufläche, zu prüfen und den Antrag unter Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung der unteren Verwaltungsbehörde vorzulegen.

Die Ausstellung der Saatkarte für Landwirte (Verbrauchersaatkarte) erfolgt durch die untere Verwaltungsbehörde, wenn der Antragsteller aus selbstgebauten Früchten der Ernte 1917 oder 1918 mindestens die gleiche Menge einer Fruchtart abgeliefert hat. In den anderen Fällen, und, wenn es sich um Saatkarten für Händler (Händlersaatkarte) handelt, erfolgt die Ausstellung der Saatkarte durch die höhere Verwaltungsbehörde, an die die Anträge von der unteren Verwaltungsbehörde nach Prüfung weiterzureichen sind.

Die Landeszentralbehörden können die Ausstellung der Saatkarten allgemein der höheren Verwaltungsbehörde übertragen.

§ 3.

Die Saatkarte muß Namen, Wohnort und Kommunalverband des zum Erwerbe Berechtigten, den Ort, wohin geliefert werden soll, und, wenn die Früchte mit der Eisenbahn befördert werden sollen, die Empfangsstation, ferner die zu erwerbende Menge und Fruchtart angeben; sie ist unter Benutzung eines Vordrucks nach den beigefügten Mustern 1 und 2* auszustellen. Die Abschnitte A, B und C der Saatkarte sind gleichlautend auszufüllen.

Für Lieferung von Saatgut derselben Fruchtart und Sorte an mehrere Landwirte derselben Gemeinde können Sammelsaatkarten nach anliegenden Muster 3* verwendet werden. Die Sammelsaatkarten müssen außer den Angaben nach Abs. 1 auch die Angabe der Empfangsstelle und, wenn die Verteilung durch eine andere Stelle als die Empfangsstelle erfolgt, auch der Verteilungsstelle enthalten.

§ 4.

Die Veräußerung (§ 1 Abs. 1) von Saatgut bedarf der Zustimmung des Kommunalverbandes, für den die Früchte beschlagnahmt sind.

§ 5.

Die Zustimmung (§ 4) ist nicht erforderlich für die Veräußerung von Originalsaatgut und von Absaaten, die als Saatgut anerkannt sind (anerkanntes Saatgut) durch Originalsaatgut- oder anerkannte Saatgutwirtschaften sowie für die Veräußerung von Saatgut durch zugelassene Händler (§ 6).

Als Originalsaatgut gilt das Saatgut solcher Züchtungen, deren Züchter in einem von der Reichsgetreidestelle im „Deutschen Reichsanzeiger" zu veröffentlichenden Verzeichnis für die Fruchtart als Züchter von Originalsaatgut aufgeführt sind. Saatgut von Vermehrungsstellen gilt nur dann als Originalsaatgut, wenn die Vermehrungsstellen in dem Verzeichnis aufgeführt sind.

Als anerkannte Saatgutwirtschaften gelten nur solche Wirtschaften, die in einem von der Reichsgetreidestelle im „Deutschen Reichsanzeiger" zu veröffentlichenden Verzeichnis für die Fruchtart als anerkannte Saatgutwirtschaften aufgeführt sind.

Bei Streit über die Aufnahme in eines der Verzeichnisse (Abs. 2, 3) entscheidet der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.

§ 6.

Wer mit nicht selbstgebauten Früchten zu Saatzwecken handeln will, bedarf der Zulassung. Dies gilt auch für Genossenschaften und andere Vereinigungen. Der Verkauf von Saatgut durch Händler, Genossenschaften oder andere Vereinigungen ist nur unmittelbar an Verbraucher zulässig.

Die Zulassung erfolgt durch die Reichsgetreidestelle. Diese kann andere Stellen zur Zulassung ermächtigen. Die Zulassung findet insoweit statt, als ein Bedürfnis besteht. Sie kann an Bedingungen geknüpft und jederzeit zurückgenommen werden.

§ 7.

Der Erwerber von Saatgut hat die vollständige Saatkarte dem Veräußerer bei Abschluß des Vertrags auszuhändigen. Wird das Saatgut mit der Eisenbahn versandt, so hat sich der Veräußerer von der Versandstation auf jedem Abschnitt der Saatkarte die Absendung unter Angabe der Art des Saatguts, der versandten Mengen und des Ortes bescheinigen zu lassen, nach dem das Saatgut verfrachtet ist. Erfolgt die Versendung nicht mit der Eisenbahn, so hat sich der Veräußerer auf jedem Abschnitt der Saatkarte den Empfang durch den Erwerber bestätigen zu lassen.

Der Veräußerer hat bei Lieferung des Saatguts den Abschnitt A abzutrennen und innerhalb einer Woche der Reichsgetreidestelle oder einer von ihr zu bestimmenden Stelle mittels eingeschriebenen Briefes auf seine Kosten zu übersenden. Die Abschnitte B und C hat der Veräußerer dem Kommunalverbande einzureichen, für den das Saatgut beschlagnahmt ist. Der Kommunalverband hat, wenn das Saatgut in einen anderen Kommunalverband gebracht wird, Abschnitt C der Saatkarte an diesen Kommunalverband weiterzusenden.

§ 8.

Die Ausstellung der Saatkarten, der Geschäftsbetrieb der Saatgutwirtschaften und der zugelassenen Händler sowie der gesamte sonstige Saatgutverkehr unterliegt der Beaufsichtigung und Ueberwachung durch die Reichsgetreidestelle. Sie kann zu diesem Zwecke besondere Anordnungen erlassen.

Die Reichsgetreidestelle ist berechtigt, den höheren Verwaltungsbehörden Vertrauensleute beizuordnen, bei deren Auswahl die Landeszentralbehörden zu hören sind; sie erläßt die Bestimmungen über deren Tätigkeit.

§ 9.

Landwirten kann der Kommunalverband die Zustimmung zur Veräußerung selbstgebauten Saatgetreides zu Saatzwecken innerhalb eines bestimmten Bezirkes, der sich nicht über die Grenze des Kommunalverbandes erstrecken darf, allgemein erteilen. Die Zustimmung ist auf eine bestimmte Menge und Sorte zu beschränken. Der Kommunalverband hat der Reichsgetreidestelle von der Erteilung der Zustimmung unverzüglich unter Angabe von Name und Wohnort des Landwirts und der zum Verkauf freigegebenen Saatgutmengen und -sorten Mitteilung zu machen.

Die Reichsgetreidestelle oder die von ihr bestimmte Stelle kann gestatten, daß die Veräußerung selbstgebauten Saatgetreides zu Saatzwecken auch außerhalb des Kommunalverbandes zulässig ist.

§ 10.

Die Lieferung von Wintergetreide zu Saatzwecken darf nur in der Zeit vom 15. Juli bis zum 15. November 1918, von Sommergetreide zu Saatzwecken nur in der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. Juni 1919 erfolgen.

Saatgut, das nach Ablauf der im Abs. 1 bezeichneten Fristen sich noch im Besitze von Saatgutwirtschaften, zugelassenen Händlern oder Verbrauchern befindet, ist an die Reichsgetreidestelle oder an den von dieser bezeichneten Kommunalverband abzuliefern. Der Erwerber hat für diese Mengen den in der Verordnung über die Preise für Getreide, Buchweizen und Hirse vom 15. Juni 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 657) festgesetzten Höchstpreis zu zahlen. Im Streitfall entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde. Sie bestimmt, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat.

Den Züchtern von Originalsaatgut kann durch die Reichsgetreidestelle aus der Ernte ihrer Zuchtgärten und -felder ein angemessener Anteil als Züchterreserve belassen werden.

II. Besondere Bestimmungen über den Verkehr mit Saatgut von Buchweizen, Hirse und Hülsenfrüchten.

§ 11.

Saatgut von Buchweizen, Hirse und Hülsenfrüchten sowie Gemenge, in dem sich Hülsenfrüchte befinden, mit Ausnahme des Saatguts von Wintervicke (Vicia villosa) und von Gemenge von Roggen und Wintervicke, darf nur an die Reichsgetreidestelle abgesetzt werden. Die Reichsgetreidestelle bestimmt, welche Mengen sie erwerben will, und setzt die Bedingungen fest. Sie kann das von ihr erworbene Saatgut durch Kommunalverbände, Saatstellen oder durch zugelassene Händler dem Verbraucher zuführen.

Die Reichsgetreidestelle kann Erzeuger des im Abs. 1 genannten Saatguts ermächtigen, Saatgut unmittelbar an Verbraucher abzusetzen. Sie kann Erzeuger von Originalsaatgut und von anerkanntem Saatgut ferner ermächtigen, dieses an Saatstellen, landwirtschaftliche Berufsvertretungen und Vereine oder zugelassene Händler abzusetzen. Die Ermächtigung kann an Bedingungen geknüpft werden.

§ 12.

Als Saatgut im Sinne des § 11 gilt nur solches Saatgut, das von der Reichsgetreidestelle oder einer von ihr mit der Prüfung beauftragten Saatstelle als zur Saat geeignet erklärt worden ist.

§ 13.

Auf Saatgut von Hülsenfrüchten, das zum Gemüseanbau bestimmt ist (Gemüsesaatgut), finden die Vorschriften dieser Verordnung mit folgender Maßgabe Anwendung:

1. Als zum Gemüseanbau bestimmte Hülsenfrüchte gelten nur solche Sorten, die in einem von der Reichsgetreidestelle im Deutschen Reichsanzeiger zu veröffentlichenden Verzeichnis aufgeführt sind.

2. Die Reichsgetreidestelle kann Erzeuger ermächtigen, Gemüsesaatgut auch an Händler abzusetzen. Die Ermächtigung kann an Bedingungen geknüpft werden.

3. Der Handel mit Gemüsesaatgut ist außer den im § 6 genannten Personen gestattet:

a) Personen, denen gemäß § 1 der Verordnung über den Handel mit Sämereien vom 15. November 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1277) eine Erlaubnis zum Betriebe des Handels mit Sämereien erteilt ist;

b) Inhabern von Kleinhandelsgeschäften, die Sämereien ausschließlich im Kleinverkauf in Mengen bis zu 50 Kilogramm an Verbraucher absetzen.

Die Ausstellung von Saatkarten für Händler, die nicht nach § 6 zugelassen sind, erfolgt durch den Kommunalverband, in dessen Bezirk der Händler seine Niederlassung hat.

4. Die Vorschriften dieser Verordnung über Saatkarten finden auf Gemüsesaatgut keine Anwendung, soweit es sich um Mengen von nicht mehr als 125 Gramm handelt.

Die Reichsgetreidestelle kann Ausnahmen von den Vorschriften im Abs. 1 zulassen. Sie kann weitere einschränkende Bestimmungen über den Verkehr mit Gemüsesaatgut erlassen.

§ 14.

Saatgut, das sich am 1. Juni 1919 noch im Besitze von Erzeugern, zugelassenen Händlern oder Verbrauchern befindet, ist an die Reichsgetreidestelle oder an den von dieser bezeichneten Kommunalverband abzuliefern. Die Reichsgetreidestelle kann Ausnahmen zulassen.

Der Erwerber hat für diese Mengen den in der Verordnung über die Preise für Hülsen-, Hack- und Oelfrüchte vom 9. März 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 119) festgesetzten Höchstpreis zu zahlen. Die Vorschriften im § 10, Abs. 2, Satz 3 und 4, Abs. 3, finden entsprechende Anwendung.

§ 15.

Erweist sich ein Veräußerer von Saatgut in der Befolgung der Pflichten, die ihm durch diese Verordnung oder auf Grund dieser Verordnung auferlegt sind, unzuverlässig, so kann ihm die Reichsgetreidestelle die weitere Veräußerung von Saatgut untersagen. Mit der Untersagung wird die weitere Veräußerung von Saatgut unzulässig.

Gegen die Verfügung ist Beschwerde zulässig. Ueber die Beschwerde entscheidet der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts. Die Beschwerde bewirkt keinen Aufschub.

Wird die Veräußerung von Saatgut untersagt, so sind auf Antrag der Reichsgetreidestelle durch die zuständige Behörde die vorhandenen Vorräte zugunsten der Reichsgetreidestelle zu enteignen. Die Reichsgetreidestelle hat für die enteigneten Vorräte einen angemessenen Preis zu zahlen, bei dessen Festsetzung der zur Zeit der Enteignung geltende allgemeine Höchstpreis, nicht der Sonderpreis für Saatgut zu berücksichtigen ist. Im Streitfall entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde. Sie bestimmt, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat.

§ 16.

Die Landeszentralbehörden können den Saatgutverkehr weitergehenden Beschränkungen unterwerfen. Sie bestimmen, wer als zuständige Behörde und als untere und höhere Verwaltungsbehörde anzusehen ist.

§ 17.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden nach § 80, Abs. 1, Nr. 4 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 bestraft.

§ 18.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Berlin, den 27. Juni 1918.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.
von Waldow.

* Die Muster sind hier nicht abgedruckt.

Bad Wittekind.

Dienstag, den 16. Juli, abends 8 Uhr

Konzert

(Volksliederabend)

zum Besten der **Kriegsbeschädigten-Fürsorge,** veranstaltet von dem **Königl. Musikdirektor Willi Wurfschmidt,** mit den unter seiner Leitung **vereinigten Schulchören** des **Stadtgymnasiums,** der städtischen **Oberrealschule,** des **Reformgymnasiums,** sowie des **„Männergesangverein Halle 1911"** und der **Musikabteilung** beim Ers.-Batl. Nr. 36, unter Leitung des Königlichen Obermusikmeisters **Ermlich.**

Eintrittspreis 1 Mark. [1360

Karten bei **Heinrich Hothan** und an der Abendkasse.

Die Kartensteuer ist vom Magistrat erlassen worden.

Maurer und Bauarbeiter

gesucht.

1362] **Schoenemann & Schwarz - Turmstraße 5**

Die Internationalität und der Krieg

von **Karl Kautsky** — Preis 20 Pf.

Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie

von **Hermann Wendel** — Preis 40 Pf.

Zu haben in der

Buchhandlung Volksstimme, Halle

Gr. Ulrichstraße 27.

Hallescher Hausfrauenbund

Schuhlehrgang für Anfertigung von Straßenschuhen.

Anmeldungen Große Steinstraße 161 (9—12 u. 3—5 Uhr) und Rathausstraße 17 (10—12 Uhr) wochentäglich.

1319] **Mitglieder Ermäßigung.**

Soeben erschienen:

Der Mieterschutz

Eine gemeinverständliche Darstellung nach den kriegszeitlichen Bekanntmachungen über

Einigungsämter, Zahlungsfristen

Mietfragen und Kriegsteilnehmerschutz

von

Arbeitersekretär **Fritz Henck**

Preis **30** Pf., nach auswärts **40** Pf. gegen Voreinsendung.

Zu beziehen von der

Buchhandlung der Volksstimme

Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!

Stadt-Theater

Dienstag, 16. Juli

Anfang 7,30 Uhr. Ende 10,15 Uhr:

Sondervorstellung zugunsten der Unterstützungskassen des Deutschen Bühnenvereins und der Genossenschaft Deutsch. Bühnenangehöriger

Das Dreimäderlhaus.

Bad Wittekind.

Dienstag, den 16. Juli, nachmittags 3½ Uhr

Kur-Konzert

ausgeführt vom Stadttheater-Orchester.

Leitung: Kapellmeister **Karl Röhren.** [1363

Eintrittspreise:
Erwachsene 35 Pf., Kinder 20 Pf.
Dauerkarten sind gültig.

Mittwoch, 17. Juli, abends 8 Uhr:

Militär-Konzert

ausgeführt vom aktiven Trompeterkorps d. Thüringer Husaren-Regiments Nr. 12.

Schuhe

werden mit **Lederflicken** und **Lederriemen** besohlt und repariert. [1100

Hoffmann, Schützenstr. 20.

Dauernd Parteikrieg oder Wiedervereinigung.

Erwägungen und Anregungen zur Krise in der deutschen Sozialdemokratie.

Von **R. Drescher.**

Preis 20 Pfennig.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Merseburg.

Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, unseren Mitgliedern Kenntnis von dem Ableben unseres langjährigen Verwaltungsmitgliedes, des **Mechanikers**

Gustav König

zu geben. Seit 21 Jahren unermüdlich für die Ausbreitung unserer Ideen tätig, wurde er plötzlich aus unserer Mitte gerissen. Die Mitglieder können das Andenken des Verstorbenen nicht besser ehren, als daß sie sich geloben, im Geiste des Verstorbenen die Arbeit fortzusetzen, so daß seine geleistete Arbeit als leuchtendes Beispiel immer in dauernder Erinnerung bleibt.

Ehre seinem Andenken!

1361] **Die Ortsverwaltung.**

Die Beisetzung findet Montag nachmittag 3 Uhr auf dem Altenburger Friedhof statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180715-12/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 160. Halle, Montag den 15. Juli 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 15. Juli 1918.

Die Wohnungsnot in Halle

hat das Gewerkschaftskartell Halle veranlaßt, eine Eingabe an das stellvertretende Generalkommando des 4. Armeekorps in Magdeburg gelangen zu lassen, in der im Ergreifung verschiedener Maßnahmen zur Linderung der bestehenden Mißstände gebeten wird.

Insbesondere wird eine Verordnung zur Regelung des Wohnungswesens verlangt. In dieser müßten, so heißt es in der Eingabe, die Hausbesitzer bei Strafandrohung verpflichtet werden, leerstehende Wohnungen und leere Räume, die sich zu Wohnzwecken eignen, zu vermieten oder der Stadtverwaltung zur Unterbringung Wohnungsloser zur Verfügung zu stellen. Weiter ist zu bestimmen, daß Mietssteigerungen und Wohnungskündigungen nur unter Zustimmung des Mieteinigungsamtes Geltung erlangen können. Verordnungen gleicher oder ähnlicher Art sind bereits in den Bezirken anderer Armeekorps erlassen worden. Zur erfolgreichen Durchführung solcher Verordnungen im diesseitigen Armeekorpsbezirk wäre noch nötig zu bestimmen, daß in allen Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern ein Mieteinigungsamt auf kommunaler Grundlage zu errichten ist. Es sei z. B. darauf hingewiesen, daß ein solches selbst die Großstadt Halle noch nicht besitzt. Schließlich sind noch Maßnahmen dahingehend zu treffen, daß solche große Wohnungen, die nur von wenigen Personen benutzt werden, aufgeteilt und dem Gebrauche durch mehrere Familien dienstbar gemacht werden. So bestehen hier Wohnungen aus 20 und noch mehr Räumen, die nur von 3 bis 5 Personen bewohnt werden. Solche Erscheinungen stehen mit der Wohnungsnot der minderbemittelten Bevölkerung in Widerspruch.

Im übrigen enthält die Eingabe noch eine Begründung dieser Wünsche.

•

Kriegssommerfrische.

Aus Bayern wird uns geschrieben:

„Sommerfrische!" welch holden Klang hatte das Wort im Frieden. Das Auge sah Wälder, Berge, Seen und Wasserfälle, das Ohr hörte Zitherklang, Jauchzen und Jodeln. Die Wälder, Berge und Seen sind auch noch da, aber das Jauchzen und Jodeln, der Zitherklang ist verstummt. Noch gehen auch heute Tausende in die Sommerfrische: Erholungsbedürftige, die den Winter in engen dumpfen Räumen verbrachten und nichts weiter zu essen hatten als die vorgeschriebene Rationierung; Leidtragende, die in der schönen Natur Ruhe, Genesung und Trost suchen. Aber außerdem geht in die Sommerfrische das Vergnügungspublikum, das in der Stadt herrlich und in Freuden lebt, und das nun auf dem Lande noch herrlicher und in größeren Freuden zu leben hofft.

Der Hauptzug richtet sich natürlich nach Bayern, dem Lande, in dem noch Milch und Honig fließen soll. Nicht umsonst sieht man auf dem Münchner Bahnhof Plakate mit der Mahnung: „Unterlaßt das unnötige Reisen". Fast überall steht mit Bleistift darunter geschrieben: „Die Großkopfigen reisen doch." Die Großkopfigen, das sind die in Berlin als Protzen bezeichneten. Sie erregen — und mit Recht — die Empörung der bayrischen Bevölkerung. Sie, die in der Stadt nur in luxuriösen Wohnungen mit Zentralheizung, Vakuum, W. C. usw. leben können, wohnen jetzt im Hochgebirge in einfachen Kammern, Wand an Wand mit dem lieben Vieh. Ihrer Meinung nach haben die Kühe in Bayern nichts anderes zu tun, als den ganzen Tag Milch zu geben für die „Großkopfigen", die Hühner, von früh bis spät Eier zu legen, die Bienen, unermüdlich Honig herbeizuschaffen. Die parkettgewohnten Füße scheuen den Mist im Kuhstall nicht. Gilt es doch, möglichst viel von der schäumenden Milch zu erbeuten, von der die Rationierung nur ein Viertelliter pro Kopf gestattet! Der Preis ist gleich, die „Großkopfigen" haben's ja. Der Bäurin wird die Butter aus der Kammer geholt. Die Hühner werden bewacht; damit kein Ei dem Auge des spähenden Großstädters entgeht. Für Honig, für Pilze, für Beeren werden Preise geboten, von denen man sich früher nicht träumen ließ. Was helfen die strengen Anordnungen der Behörden, die jeden Wucher und Schleichhandel mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr, mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bedrohen. Die „Großkopfigen" wuchern und hamstern doch.

In Scharen steigen sie auf die Berge, durchstreifen die Wälder. Die Damen tragen jetzt Dirndlkleider aus Seide, denn die baumwollenen Stoffe sind nicht mehr zu haben. Die Strümpfe sind durchbrochen. Die Luxusstiefel aus hellem Leder mit Absätzen von schwindelnder Höhe lassen nicht ahnen, daß wir eine so große Stiefelnot haben. Damit man sie ordentlich bewundern kann, sind die Röcke fußfreier denn je. Auch die „großkopfigen" Stadtherrn sind herausgeputzt, als ob es zum Albenball ginge, und so schneidig und unternehmend sehen sie aus, daß sich das Landvolk erstaunt fragt, warum die „Großkopfigen" nicht lieber ihre Schneidigkeit im Schützengraben präsentieren, statt im Gebirge, wo sie niemand nützen. Zeitungen werden möglichst wenig gelesen in der Sommerfrische. Es tut den Nerven nicht gut, wenn so viel von Tod und Graus die Rede ist. Ja, wenn mal wieder so ein fröhlicher frischer Sieg käme! Da hatte man Gelegenheit, ein Fest zu feiern, Fahnen flattern zu lassen, Böllerschüsse abzugeben, die in den Bergen widerhallen. Aber dieser ewige Stellungskrieg ist schon langweilig auf die Dauer.

Käme nicht ab und zu ein Feldgrauer auf Urlaub, — in der Sommerfrische wüßte man kaum, daß noch immer Krieg ist. Diese Urlauber aber haben viel Anlaß, sich zu wundern. Das Dorf ist klein. Nur auf der Post kann man telephonieren. Da wird ein Telephongespräch schnell bekannt. Ein „Großkopfiger" bestellt im Nachbarort ein Abendessen: Königinsuppe, Pfannkuchen mit Gemüsen, Lachsforellen, Kuchen. Der Feldgraue möchte auch einmal sein Leibgericht: Pfannkuchen essen. Aber die Frau hat weder Mehl, noch Eier, noch Schmalz im Haus. Der Feldgraue darf keine großen Ansprüche machen. Die „Großkopfigen" ruhen sich vom Nichtstun aus. Der Feldgraue greift tüchtig zu in der kurzen Urlaubszeit.

Im Gebirge weiß man nichts von der Sommerzeit. Da gehen die Uhren alle eine Stunde zurück. Aber das Tagewerk beginnt, wenn die Sonne aufgeht, und endet noch lange nicht, wenn sie untergeht. Alle müssen helfen, die alten Männer, die Frauen, die Kinder. Da will der Feldgraue nicht zurückstehen. Aber Gedanken macht er sich doch. Er denkt an sein Leben im Schützengraben, im Schlamm, ohne Licht, gleich dem Maulwurf. Er denkt an die tagelangen Märsche, mit dem schweren Gepäck auf dem Rücken. Er denkt an die Gefahren, die ihn umlauern Tag und Nacht, daß er nicht weiß, ob er das nächstemal mit gesunden Gliedern heimkommt, — ob er überhaupt wiederkommt. Er vergleicht sein Leben mit dem der „Großkopfigen" in der Sommerfrische. Kein Wunder, daß Bitterkeit in ihm aufsteigt, daß er dieser Bitterkeit auch Ausdruck gibt.

Die „Großkopfigen" gehören natürlich fast alle der Vaterlandspartei an. „Die Saat geht auf," meinte einer von ihnen mit Grabesstimme, als er ein Gespräch von Feldgrauen mit anhörte. „Die Saat", damit meinte er die Unzufriedenheit, deren Urheberin natürlich die Sozialdemokratie ist. Vergessen ist das Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr." Vergessen ist, daß ohne die Sozialdemokratie die Verteidigung des Vaterlandes überhaupt nicht möglich wäre, vergessen, welche Opfer an Gut und Blut von den Sozialdemokraten ebenso gebracht werden, wie von den Anhängern anderer Parteien. Trotzdem: „Die Saat geht auf". Es ist die Saat, welche die „Großkopfigen" hinaustragen von der Stadt auf das Land. Die Gegensätze werden verschärft, nicht überbrückt. Die einen leben im Ueberfluß, die anderen in Not, die einen faulenzen, die andern brechen zur Arbeit zusammen. Die einen sehnen den Frieden herbei, den andern dauert der Krieg nicht lange genug. Wie wahr ist der schöne Spruch, der an einem Kegerseer Haus steht: „O Frieden, was bist du für ein edler Schatz, und hast doch auf Erden so wenig Platz". Schade, daß man ihn nicht jedem großkopfigen Sommerfrischler ins Stammbuch schreiben kann!

---

* **Ueber den Universitätsbesuch in Halle** machte Professor Lütgert beim Rektoratswechsel, der am Freitag erfolgte — von Herrn Lütgert ging die Rektoratswürde an Professor Brockelmann über —, einige interessante Angaben: Im Wintersemester waren 2426 Studenten einschließlich 181 Studentinnen eingeschrieben, davon waren 1859 beurlaubt. Im Sommersemester hatten sich 2541 Studenten einschließlich 192 Studentinnen eingeschrieben, von denen 1957 beurlaubt waren, darunter 26 Studentinnen. Augenblicklich werden schwerlich mehr als 450 Studenten und Studentinnen in Halle sein. Auch im abgelaufenen Jahre hatte die Universität große Verluste an Gefallenen. Die Zahl der Gefallenen hat sich auf 387 erhöht. In den letzten Tagen wurde die 3. Ehrentafel mit den Namen der Kriegsopfer aufgehängt. Der Rektor gedachte ehrend der Gefallenen und auch der großen Zahl der kriegsbeschädigten Studenten. Die Pflichttreue ist diesen Studenten selbstverständlich, aber auch der Humor ist unserer Jugend nicht ausgegangen. Sehr vorteilhaft wirke die militärische Erziehung.

* **Um den Mittellandkanal.** Ein vom Hamburger Verein für Flußschiffahrt und dem Verein zur Verbesserung der Schiffahrtsverhältnisse auf der oberen Elbe einberufene Versammlung bezeichnete den Bau des fehlenden Teiles des Mittellandkanals, obwohl daraus für Hamburg mit Sicherheit erheblicher Nachteil zu erwarten sei, als nötig, doch müsse die Linienführung eine solche sein, daß sie ausgleichend Hamburg neben den Nachteilen auch Vorteile bringe. Hierfür käme nur die Nordlinie in Betracht.

* **Weitere Herabsetzung der Milchmenge.** Von heute, Montag, ab wird jene Milchmenge, die auf die Milchkarten der Klasse IV geliefert werden darf, von ½ Liter auf ¼ Liter herabgesetzt. Milchhändler, die infolge dieser Herabsetzung Milch übrig haben, sind verpflichtet, diese an die Milchsammelstelle, Lindenstr. 52 (Molkerei-Inspektor Morgenthaler) abzuliefern. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder einer dieser Strafen und zugleich mit der Entziehung der Befugnis zum Milchhandel geahndet.

* **Wo bleibt das Obst?** so fragt alle Welt. Es ist ja nirgends in den Großstädten und auch in vielen Mittel- und Kleinstädten zu erhalten, wächst aber doch im allgemeinen nicht weniger als im Frieden. Wo bleibt es denn? An Ort und Stelle wird es jetzt vielfach in großen Mengen für Fabriken aufgekauft, entweder zu Fruchtsäften verarbeitet, gedörrt oder in Marmeladen umgewandelt, eingekocht und konserviert. Es ist aber ganz erstaunlich, welche Mengen Heidelbeeren, Kirschen, Johannis- und Erdbeeren sowie Stachelbeeren und auch Preiselbeeren von Konditoreien und Hotels konserviert werden. Diese zahlen jeden Preis für brauchbare Ware. Die Erzeuger sind dabei noch das Risiko des Transportes los und haben sich weder um Packung noch um den Transport zu bemühen, haben auch keine Verluste und erhalten sofort Geld. Solange nicht auch den Luxuskonditoreien der Großstädte und den großen Hotels schärfer auf die Finger gesehen wird, nützt alle „Bewirtschaftung" nichts.

* **Was alles zu Kaffee-Ersatz verwendet wird.** In einer Mitteilung des Kriegsausschusses für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel heißt es: „Nach Versuchen, die im Kaiserlichen Gesundheitsamt angestellt worden sind, eignen sich Stein-Nußabfälle, Hasel- und Walnußschalen, sowie Pflaumenkerne (Steine) zur Herstellung von Kaffee-Ersatzstoffen auch dann nicht, wenn sie in Mischung mit anderen, hierfür brauchbaren Stoffen verwendet werden. Mandelschalen sind in ihrer chemischen Zusammensetzung den Pflaumenkernen und Nußschalen sehr nahestehend, es kann daher angenommen werden, daß sich Mandelschalen zur Herstellung von Kaffee-Ersatzmitteln ebensowenig eignen, wie Nußschalen und Pflaumenkerne. Ferner sind ungeeignet zur Herstellung von Kaffee-Ersatzstoffen: Holzmehl, Torf (!), Treber und ausgelaugte Gerberlohe (!). Außerdem sind grundsätzlich alle solche Pflanzen bei der Bereitung von Kaffee-Ersatzmitteln auszuschließen, diestark-wirkende oder giftige Stoffe enthalten, wie bittere Lupinen, oder die Samen der Kornrade, des Bilsenkrautes usw. Das gleiche gilt für die übrigen Steinschalen, wie Kirschen-, Aprikosen-, Pfirsich-, Datkelkerne usw. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß solche Pflanzenstoffe zur Bereitung von Kaffee-Ersatzstoffen geeignet sind, denen ein größerer Gehalt an Zucker oder Stärke eigentümlich ist. Der Eiweißgehalt der Rohstoffe ist für die Menge der in den Kaffee-Ersatzstoffen vorhandenen wasserlöslichen Bestandteile ohne größere Bedeutung. Dagegen sind die Eiweißstoffe an der Bildung von Geschmackstoffen wesentlich beteiligt."

* **Aenderungen beim Verkauf abgelieferter Kleidungsstücke.** Die Reichsbekleidungsstelle hat endlich, um zahlreicher Beschwerden abzuhelfen, das Schätzungsverfahren bei Ablieferung von getragenen Kleidungs- und Wäschestücken sowie Uniformen im Interesse der Ablieferer geändert. Während bisher keine Möglichkeit bestand, den abgelieferten Gegenstand nach erfolgter Schätzung zurückzuerlangen, kann jetzt der Schätzungswert nur dann als für beide Teile bindender Kaufpreis angesehen werden, wenn sich der Ablieferer mit ihm einverstanden erklärt, andernfalls muß der Kommunalverband das angebotene Stück zurückgeben. Voraussetzung ist dabei natürlich, daß eine etwa erteilte Empfangs- oder Abgabebescheinigung zurückgegeben wird.

* **Das ganze Leben ein Luxus!** Im Kampf um den freien Markt ist den dafür sechtenden tapfern Kämpen jedes Mittel recht. Neuerdings wird die Behauptung aufgestellt, daß Eier nicht zu den Nahrungsmitteln gehören, da man ja doch nur alle paar Wochen eins bekommt. Die winzige Anzahl Eier, die die Bevölkerung im Jahre bekommen hat, sind als Genußmittel anzusehen, sozusagen ist die öffentliche Bewirtschaftung der Eier aufzuheben! Dieses System ist natürlich sehr ausbaufähig. Das Obst, an dem wir noch weniger als von den Eiern zu sehen bekommen, Käse, von dem man überhaupt nichts sieht, alles das sind dann Genußmittel, die nach dieser Logik weder der Preisbindung noch der öffentlichen Bewirtschaftung unterworfen werden dürfen. Man kann dem Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen nur beipflichten, der die Beförchtung ausspricht, daß, wenn die Wünsche der Freunde des freien Handels erfüllt werden, schließlich auch Kartoffeln, Brot, Fleisch und manches andere Nahrungsmittel sich in ein Genußmittel verwandeln werde, indem sie nämlich für die Mehrzahl der Bevölkerung zu unerreichbaren Genüssen werden!

Handel und Wandel.

84] Von F. W. Hackländer.

„Ja," unterbrach ich sie bitter, „wie ein Bruder die Schwester."

„Und du hast dich schon in der ersten Zeit von mir losgesagt; weshalb? ich weiß es nicht, ich kann es wenigstens nicht begreifen."

„Weshalb? Emma," entgegnete ich heftig, „weshalb? Ich will es die sagen: weil ich dich liebte, und weil du meine Liebe kalt zurückstießest. O, du hast sehr gegen mich gefehlt; ich habe Zerstreuung außer dem Hause gesucht, Zerstreuung, die mich anekelt, während ich hier vergnügt und glücklich hätte leben können, ja, selig durch ein einziges Wort, wenn du gesagt hättest, ich liebe dich, und wenn du mir zuweilen erlaubt hättest, deine Hand zu drücken und hoffend in dein liebes Auge zu sehen — doch war das zu viel verlangt," setzte ich bitter hinzu, „ich sehe es jetzt wohl ein."

Er trat einer lange Pause ein, peinlich für uns beide, und mühsam von etwas anderem sprechend, fragte ich: „Was wolltest du aber damit sagen, daß ich dich schützen sollte, du, der Liebling der Prinzipalin, ja die Herrin des Hauses?"

Das Mädchen warf einen ängstlichen Blick um sich, faßte heftig meine Hand und flüsterte: „Ja, schütze mich, schütz mich vor dem Buchhalter!"

„Vor dem Buchhalter?" entgegnete ich hastig; „was will der Herr Specht?"

„Er verfolgt mich," sagte das arme Mädchen, „mit seinen Aufmerksamkeiten und, sind wir allein, mit seinen Anträgen."

„Mit Anträgen?"

In ihrem Gesicht schlug eine glühende Röte auf, die sich hinabsenkte bis auf ihre Brust, wo es unter dem weißen Hausklreidchen so heftig wogte, daß auch ich errötete.

„Mit Anträgen?" wiederholte ich; „was trägt er dir an?"

„Ich glaube, seine Hand," sagte das Mädchen mit gesenktem Blick und kaum vernehmlicher Stimme.

„Seine Hand?" wiederholte ich, laut und zornig lachend, „die Hand des Herrn Specht? O, er ist nicht so dumm, der Herr Buchhalter, und du?" setzte ich argwöhnisch hinzu.

„Mich hat's geschaudert," sagte das unschuldige Mädchen und sah mich mit dem klaren treuen Blick fest an; „aber was soll ich tun? Rate mir! Der Prinzipalin davon sprechen? Du weißt, wie günstig sie über den Buchhalter denkt, und ich bin ja," setzte sie ernster hinzu, „ein so armes Mädchen. Dem Doktor habe ich davon gesprochen."

„Nun, und was meinte der Doktor?"

„Er stampfte heftig mit dem Fuß," entgegnete Emma, „und sagte, das habe er sich gedacht; dann gab er mir einen Brief und befahl mir, denselben, sowie sich der Buchhalter an die Prinzipalin wende und diese mir von dessen Antrag spreche, ihr zu übergeben."

„So," antwortete ich hastig; „gib mir den Brief."

„Ich möchte gern," sagte das Mädchen, „denn mir ist das Papier unangenehm, und ich fürchte mich vor demselben, als sei etwas Widerwärtiges. Häßliches darin verschlossen; aber der Doktor hat mir streng verboten, ihn in andere Hände, als die ihrigen, zu geben. Geh aber jetzt, es kommt jemand, und denke nach, was zu machen ist."

„O, ich wüßte wohl, wie sich alles zum Besten lenken könnte," sagte ich eifrig und küßte ihre Hand. — — —

In diesem Augenblick trat der Buchhalter ins Zimmer und sah uns beide mit einem seltsamen Blick an. „Es ist ein Uhr," sagte er mit leiser Stimme, als er bemerkte, daß noch kein Tisch gedeckt war, „wir werden wohl baldigst essen?"

Mein Zorn flackerte auf, als ich den Heuchler sah. „Die Prinzipalin wird mich entschuldigen, ich kann heute nicht hier essen," sagte ich zu Emma; „und Ihnen," sprach ich mit festem Blick zum Buchhalter, „und Ihnen, Herr Specht wünsche ich zum guten Appetit eine gesegnete Mahlzeit."

38.

Das letzte Souper.

Die Prinzipalin hatte, nachdem ich mich vor ihr gerechtfertigt, auch eine Unterredung mit dem Herrn Specht, von welcher mein guter Freund nicht so sehr erbaut sein konnte, insofern Madame Stieglitz ihm meine Verteidigung des ersten Anklagepunktes mitteilte, wogegen er nichts erinnern konnte, da der Meister Steffen ihn selbst mit Bittgesuchen um Wiederaufnahme zahlreich überhäufte. Was den zweiten Punkt anbelangt, so war derselbe, wie der Leser weiß, gar nicht gegen mich berührt worden, und hätte ich auch, wenn die Prinzipalin dadurch meiner Ehre zu nahe getreten wäre, alles in Bewegung gesetzt, mich des Buchhalters zu entledigen. Es wäre dann ein erbitterter Kampf um Sein oder Nichtsein daraus entstanden. Das mochte mein schlauer Ankläger auch ganz gut wissen, und da er natürlicherweise keine Beweise gegen mich haben konnte, so ließ er, obgleich aufs tiefste erbittert, die Sache für den Augenblick ruhen, spürte mir aber auf Schritt und Tritt nach, um etwas Rechtes gegen mich aufbringen zu können. Sein Helfershelfer war jener nichtswürdige Kandidat, und Herr Block unterrichtete mich getreulich von den Zusammenkünften jener Herren und von den gewichtigen Unterhandlungen, die sie in meinem Interesse hielten.

Ich wurde vorsichtigen und begann mich langsam von meinen früheren Kameraden zurückzuziehen, ohne aber auffallend mit ihnen zu brechen, und das wurde mir um so leichter, als auch andere unserer Gesellschaft des überlustigen Lebens satt waren, und diese zweite Auflage der Flegeljahre auch für sie noch und noch das Interesse verloren hatte.

Ueber die Heiratsanträge des Herrn Specht konnte ich nichts Gewisses mehr erfahren; Emma sagte mir nichts weiter darüber und vermied es aufs eifrigste, mit dem Buchhalter allein zu sein. Auch mochte ein zweiter Plan in ihm aufgestiegen sein, denn so lieb es ihm früher schien, daß ich mich um meine Cousine gar nicht bekümmerte, so sehr hatten ihn dagegen jener Handkuß und die Tränen des Mädchens bei unserer Unterredung im Speisezimmer überrascht und aufmerksam gemacht, und er haßte mich nun natürlich desto mehr. Er wurde sichtlich verschlossener und brütete über geheimen Entwürfen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180715-12/fragment/page=0005

* **Persönlichkeitsausweis bei Eisenbahnfahrten.** Von amtlicher Seite wird geschrieben: Die mit der Einrichtung der Eisenbahnüberwachungsreisen erstrebten Ziele würden sich noch in größerem Umfange erreichen lassen, wenn alle Reisenden sich ganz allgemein dessen bewußt würden, daß sie die schwere und verantwortungsreiche Tätigkeit der Eisenbahnüberwachungsreisenden wesentlich fördern könnten, indem sie selbst nach Möglichkeit die Feststellung ihrer Persönlichkeit erleichtern. Dies kann dadurch geschehen, daß sich jeder Reisende für jede Reise mit ihm gehörigen Papieren versieht, die über seine Persönlichkeit ausreichenden Aufschluß geben. Als solche kommen Papiere in Betracht, wie sie jedermann zu besitzen pflegt, z. B. Schulzeugnisse, Steuerquittungen, Radfahrkarten, Vormundsbestallungen, Urkunden über die Ernennung zum Beamten, standesamtliche Urkunden und anderes; besonders wertvoll zu diesem Zwecke sind mit einem Lichtbild des Inhabers versehene Papiere, wie Postausweise, Kraftwagenführerscheine usw. Die Vorlegung eines Passes oder eines Paßersatzes kann von deutschen Reisenden zwar nicht verlangt werden; wer jedoch im Besitze eines solchen Papieres ist, wird sich naturgemäß um besten durch dessen Vorlegung ausweisen.

* **Verschwinden der Wachtel im Saalkreis.** Aus Gröbers wird berichtet: Die meisten Feldmarken von Dieskau und Großkugel und auch die Wiesengründe im Ueberschwemmungsgebiete der Elster und Luppe waren sonst ein Lieblingsaufenthalt unserer Wachtel. Von Jahr zu Jahr ist der Ruf der Wachtel seltener geworden und heuer ist er in diesen weiten Gebieten kaum noch zu hören. Durch den Vogelmord im Süden ist die Wachtel an Zahl so gering geworden, daß sie bei uns wohl demnächst ganz verschwinden wird.

* **"Christliche Traktätchen gegen den Krieg.** Nach der Halleschen Zeitung werden seit einigen Tagen in verschiedenen Straßen unserer Stadt heliographierte Flugblätter verteilt, die die Ueberschrift: „Das Gericht Gottes" tragen und in denen es diesem Blatt zufolge heißt: „Die Tatsachen werden beweisen (! wir drucken den Text hier und im Folgenden buchstäblich nach. Die Schriftltg.), daß 1914 das Gericht Gottes angefangen und 1912. endet, mit der Vernichtung aller Königreiche, Hagg. 2, 22; Offb. 6, 12—17; Dan. 2, 44, und der Verwüstung der ganzen Erde, Joel 2, 3, sowie mit der Ausrottung aller gottlosen Menschen, samt allen Vieh, Zeph. 1,2—3; durch Krieg, Hunger, Pest und Revolution, Offb. 6, 1—8; darnach richtet Gott sein Königreich auf, in welchem Christus als König in Gerechtigkeit herrschen wird, Jes. 11, 1—10, darum hält Gott jetzt Gericht mit allem Fleische, die Gesetzlosen gibt Er dem Schwerte hin, Jer. 25, 31. Rußland wird 1918 wieder kämpfen. Offb. 13, 3, Amerika kommt mit 10 Mächten hinzu, Dan. 7, 7, 8, 23—25. Außerdem kommt Japan, Holland, die Schweiz, Dänemark, Schweden und Norwegen, China usw., alle Königreiche auf der ganzen Erde, eines nach dem andern Jer. 25, 26. Bis die Erschlagenen als Dünger über der ganzen Erde liegen, Jer. 25, 33. Dagegen schützt weder die Weisheit, Jes. 47, 5—15, noch das Gold und Silber. Zeph. 1, 17—18, sondern nur die Erfüllung der Forderung Gottes in Zeph. 2, 1—3 und Jak. 4, 1—10. Alles, was man heute als Religion kennt, gewährt keinen Schutz gegen das Gericht Gottes. Es ist alles Betrug. Amos 5, 18—23, Spr. 5, 14. Die Lehren aller Kirchen und Gemeinschaften sind unsläßiges Gespei, Jes. 28, 8. Ihre Gründer sind Diebe und Räuber, Joh. 10, 7—9. Ihre Prediger sind durch Apg. 20, 29—30 und 2. Tim. 4, 2—3 offenbar. Sie alle, sind die vielen falschen Christus'e! (!) usw. Sobald Rußland wieder kämpft, beachte man Offb. 14, 9—12 und Offb. 13. Bemerkung: Tier heißt Militärmacht. Dan. 7, 17. Bild heißt Hilfsdienstpflicht Gesetz, Dan. 3, 1—18, das andere Tier, ist die Vaterl. Volkspartei. 2. Hörner sind d. Militär- u. Anexions-Partei." Dieses Zeug, das nur von einem bibelfesten Wirrkopf zusammengeschrieben worden sein kann, soll nach den Angaben der Halleschen Zeitung tatsächlich Gläubige finden, die es abschreiben und an Bekannte weitergeben. Dabei dürfte es sich aber lediglich um solche Leute handeln, die der christlichen Kirche sehr nahe stehen, denen ein anderer Mensch fällt auf so etwas nicht hinein.

* **Moderner Umgangston in den Läden.** Ein Leser übersendet der Vossischen Zeitung Aufzeichnungen über die oft mehr als handfesten Umgangsformen Berliner Verkäufer beiderlei Geschlechts: Ein Fischladen. „Fräulein, was kann ich kaufen?" — „Wir haben nichts." — „Wann bekommen Sie etwas?" — „Morgen um 11 Uhr." — Tags darauf um 11 Uhr dieselbe Kundin: „Was haben Sie nun Schönes, liebes Fräulein?" — „Verkauf war um 8!" Die Kundin: „Aber Fräulein, Sie sagten doch, er fände um 11 Uhr statt!" — „Ist mir nicht eingefallen. Sperren Sie Ihre Ohren besser auf!" — Ein Kaufmann in der Friedrichstadt. Leerer Laden, der Inhaber sitzt rechnend mit einer Gehilfin hinter dem Verkaufstisch. Eine Dame tritt ein und bleibt geduldig, ohne zu reden, stehen. Der Inhaber und die Gehilfin lassen sich nicht stören. Endlich faßt sich die Dame ein Herz: „Könnte ich ein Pfund Gelatine haben?" Die Gehilfin verschwindet im Hintergrund und ruft: „Ein Viertelpfund können Sie noch haben, kostet 6.50 Mark." Erschrocken über den Preis, fragt die Dame ganz schüchtern: „Fräulein, wie rechnen Sie denn das ganze Pfund?" Da bricht der Sturm los. Von jenseits des Ladentisches schreit der Inhaber: „Wenn Ihnen der Preis nicht paßt, lassen Sie's bleiben!" Ein Herr, der dazugetreten ist, mischt sich ins Gespräch: „Wenn der Ton hier so ist, brauche ich wohl gar nicht meine Wünsche vorzubringen?" — „Hinaus!" brüllt der Inhaber, „auf der Stelle hinaus!" — „Erlauben Sie mal", sagte der Herr, aber er kommt nicht weiter. „Dort ist die Tür, verlassen Sie auf der Stelle meinen Laden!" Die Dame und der Herr gehen schweigend hinaus. „Welche Zeiten!" murmelt der Herr. — So etwas kommt aber nicht nur in Berlin vor!

* **Bestrafte jugendliche Diebe.** Die jugendlichen Arbeitsburschen Max W., Kurt D. und Walter W. waren vor der hiesigen Strafkammer geständig, teils allein, teils gemeinsam in mehreren Fällen von Wagen, die auf der Straße hielten, während sich der Geschirrführer in einem Hause befand, um Sachen abzuliefern, Gegenstände sich widerrechtlich angeeignet zu haben. So hatten sie einmal aus der Schoßkelle eines Wagens das Frühstück gestohlen, unter sich geteilt und es gleich verzehrt; von demselben Wagen hatten sie 4 Tüten mit Kümmel im Werte von etwa 500 Mark gestohlen. Ferner fielen ihnen auf ähnliche Weise ein Karton mit einem Frauenjackett, ein Paket mit Wäsche, sowie Zündhölzer und Zuckerwaren in die Hände. Den Kümmel verkauften sie an den mitangeklagten Arbeiter Hermann Fr., der sich durch den Ankauf der Hehlerei schuldig machte; er zahlte ihnen für den Kümmel 40 Mark, obwohl er hätte wissen sollen, daß der Wert des Kümmels mehr als das Zehnfache betrug. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu folgenden Strafen: M. W. zu 6 Monaten Gefängnis, K. D. zu einem Monat, W. W. zu zwei Monaten zwei Wochen, H. F. zu einem Jahre Gefängnis; dem letzteren wurden zwei Monate der Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet.

* **Angefahren.** In der Gr. Ulrichstraße wurde ein Arbeiter von einem Geschäftswagen umgefahren. Da er über heftige Brustschmerzen klagte und nicht zu gehen vermochte, wurde er mit dem Sanitätskrankenwagen der Kgl. Klinik zugeführt.

* **Mutwilliger Kartoffeldiebstahl.** Während einer der letzten Nächte wurden in der Nähe des Tierasyls zwei Frauen und ein Mann mit etwa 1½ Zentner gestohlener Kartoffeln angetroffen. Während eine der beiden Frauen festgenommen werden konnte, ergriffen die zwei anderen Personen die Flucht und entkamen in der Dunkelheit. Das Diebesgut wurde sichergestellt.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute, Montag, letzte Vorstellung vor dem Ferien: „Der fliegende Holländer", Oper von Richard Wagner. — Für die am Dienstag stattfindende Sondervorstellung des „Dreimäderlhaus" zugunsten der Unterstützungskassen des Deutschen Bühnenvereins und der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger zeigt sich ein lebhaftes Interesse. Es wäre den Künstlern, die selbst so viele Wohltätigkeitsveranstaltungen durch ihre Mitwirkung ermöglicht haben, zu wünschen, daß die einzige Aufführung des Jahres zu ihren Gunsten von reichstem klingenden Erfolg begleitet wird.

Konzert der Schulchöre. Wieder einmal, wie schon öfter mit erfreulichem Erfolge, folgen die Chöre unserer höheren städtischen Lehranstalten dem Rufe des Königlichen Musikdirektors Willi Wurlschmidt und stellen sich bereitwilligst in den Dienst der Kriegswohltätigkeit. Morgen, Dienstag, abends 8 Uhr, veranstaltet Herr Wurlschmidt im Bad Wittekind mit den Schulchören vom Stadtgymnasium, der städtischen Oberrealschule und des Reformrealgymnasiums einen Volksliederabend, dessen Ertrag der Kriegsbeschädigten-Fürsorge zufließen soll. Pflegen unsere schönen deutschen Volkslieder schon an und für sich alle Hörer — auch die verwöhntesten — in Bann zu schlagen, so wird dies hier um so mehr der Fall sein, als sich nahezu 200 jugendfrische begeisterte Knabenstimmen mit den ausgereiften, klangvollen Tenören und Bässen des besten bekannten „Männergesangvereins Halle 1911" mischen werden, um eine Reihe neuer und wieder gewünschter herrlicher alter Volkslieder in einer Zusammensetzung darzubieten, wie man sie sich nicht besser wünschen kann. Herr Obermusikmeister Ermlich wird mit seinen Musikern für geeignete Abwechselung im Programm sorgen. Da der Vorverkauf durch die Schüler schon ein sehr guter ist, so wird auch diesmal wieder das mit allseitiger Freude begrüßte Unternehmen unserer Schüler von demselben Erfolge begleitet sein, wie alle früheren.

Zur Kritik des Aktionsprogramms.

In dem unter dieser Ueberschrift veröffentlichten Artikel des Genossen Cunow (Nr. 153 der Volksstimme) führt der Verfasser aus, daß mancherlei Ergänzungsvorschläge zu dem von der Würzburger Kommission vorgeschlagenen Aktionsprogramm gemacht worden sind, daß aber der größere Teil der Parteipresse zu dem Entwurfe überhaupt nicht Stellung genommen habe, woraus er folgert, daß diese Parteiblätter mit dem vorgeschlagenen Aktionsprogramm einverstanden sein dürften. Ob das richtig ist oder nicht, wollen wir dahin gestellt sein lassen. Jedenfalls sind die Ergänzungsvorschläge so zahlreich, daß das Aktionsprogramm einen Umfang annehmen würde, daß es, wie Cunow mit Recht sagt, mehr einen Leitfaden als ein Programm darstellen würde. Dieses erweiterte Programm würde nicht dem entsprechen, was die Stuttgarten Genossen sich unter dem gewünschten Aktionsprogramm vorstellten. In dem Antrage wurde ein „in volkstümlicher und packender Sprache gehaltener Entwurf eines Aktionsprogramms der deutschen Sozialdemokratie auf der Grundlage der heutigen, durch den Krieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse" gefordert. In der mündlichen Begründung des Antrages auf dem Parteitage sagte Genosse Pflüger: „Wir müssen in knappen Worten darlegen, wie wir uns die Aufgaben nach dem Kriege denken. . . . Wenn wir hinausgehen und für unsere Grundsätze Propaganda entfalten, ist es notwendig, unser schriftliches Agitationsmaterial möglichst kurz und knapp zusammenzufassen und in solche Formen zu bringen, daß jeder uns versteht." Die Antragsteller haben damit der Kommission eine Aufgabe gestellt, die zu lösen wir für einfach unmöglich halten.

Gegen das vorgeschlagene Aktionsprogramm sind mancherlei Einwendungen gemacht worden, nicht bloß, weil diese oder jene Frage nicht behandelt worden ist. Aber es von Anfang bis zu Ende abzulehnen, das ist der Organisation vorbehalten geblieben, von der der Antrag zur Schaffung eines Aktionsprogramms ausgegangen ist, nämlich von Stuttgart. Nach einem von der J. K. über die Versammlung vermittelten kurzen Bericht wurde die wissenschaftliche Einleitung nicht nur für unvollständig, sondern auch für überflüssig erklärt. Dem Entwurf aber wurde der Charakter als Aktionsprogramm abgesprochen, d. h. eines Programms, das knapp und in packender Sprache sage, was die Partei jetzt und nach Beendigung des Krieges zur Verbesserung der Verhältnisse tun wolle. Das Aktionsprogramm müsse den Handlungswillen der Partei klar und einleuchtend zum Ausdruck bringen, den Willen zur Macht, zur Stärkung unseres Einflusses in der Volksvertretung. Der Charakter der Partei als Kulturpartei müsse deutlich herausgearbeitet werden. In der Agrarfrage dürfe die Partei nicht dauernd den reinen Verbraucherstandpunkt einnehmen, sondern auch die Arbeit derer schützen, die die Nahrungsmittel erzeugen. Das Aktionsprogramm solle eine Art Manifest sein, mit dem die Sozialdemokratie vor das Volk trete. In dem Berichte wird dann gesagt, daß einer der Genossen einen Gegenentwurf ausarbeiten werde. Da darf man wirklich gespannt sein, wie dieses kurzgefaßte und packende Aktionsprogramm, das ein Manifest sein soll, aussehen mag. Jedenfalls sieht man aus der Stuttgarter Kritik, daß die Meinungen bis zur völligen Ablehnung der Fassung des Entwurfes gehen. Wenn diese scharfe Kritik von Stuttgart ausgeht, ist das um so merkwürdiger, als der Genosse Pflüger in der Begründung des Stuttgarter Antrages u. a. auch ausführte, daß die Stuttgarter Antragsteller auch nichts anderes wollten als das, was Genosse Scheidemann in seinem zusammenfassenden Referate über die Zukunftsaufgaben der Partei ausgeführt habe.

Wenn das Aktionsprogramm kurz und knapp sein soll, dann ist der vorgelegte Entwurf etwas sehr in die Länge geraten. Ein Programm wird um so wirksamer sein, je knapper es ist, ohne daß in ihm wesentliches fehlt. Je kürzer aber ein Programm ist, um so mehr wird es eine Sammlung von Schlagworten sein, die zu allerlei Mißdeutungen Anlaß geben. Man denke nur an die Schlagworte Parlamentarismus oder Selbstbestimmungsrecht der Völker. Es sind Begriffe, die fast alle Parteien unterschreiben, indem sie ihren eigenen Standpunkt hineinlegen. Deshalb muß ein Programm schon etwas mehr enthalten, als Schlagworte. Die Vielgestaltigkeit unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens verlangt, daß die aufgestellten Forderungen klar und eindeutig zum Ausdrucke gebracht werden. Das alles schließt es schon aus, daß ein Programm sich in engem Rahmen halten kann. Noch weniger wird dies möglich sein bei einem Programm, das, wie das gewünschte Aktionsprogramm im Grunde nicht nur mehr bieten soll, als das eigentliche Programm, nämlich das Erfurter Programm, sondern auch alle Fragen, die die Partei unmittelbar nach dem Kriege berühren werden, klar behandeln soll. Die objektive Vielgestaltigkeit der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erzeugt subjektiv eine Vielsinnigkeit, die es wiederum schwer macht, etwas Einheitliches und Abgeschlossenes zustande zu bringen. Als 1891 auf dem Erfurter Parteitage das heute noch geltende Programm, das von Kautsky verfaßt ist, vorgelegt wurde, war die Zeit zur Besprechung zu kurz, so daß es im Ganzen ohne jede Debatte angenommen wurde. Wenn sich der Parteitag auf eine Aussprache eingelassen hätte, würde es wohl kaum auf diesem Parteitage verabschiedet worden sein. Wie viel mehr muß ein Programm Mängel aufweisen, daß nicht von einem einzelnen, sondern von einer Kommission abgefaßt worden ist und so vielfältige und komplizierte Fragen, wie sie der Krieg aufgeworfen hat, lösen soll?

Wenn wir uns die Ausstellungen und die Kritik am Aktionsprogramm, sowie die schriftlichen Berichte über die Zukunftsaufgaben der Partei an den Parteitag, und die über diesen Punkt gepflogene Aussprache vorstellen, werden wir in dem Zweifel immer mehr bestärkt, ob ein solches Aktionsprogramm überhaupt notwendig war, zumal wenn wir uns vergegenwärtigen, daß wir heute noch gar nicht wissen können, wie sich eigentlich die Dinge nach dem Kriege gestalten werden. Es gibt Forderungen, über die es keinen Streit gibt, wie die Notwendigkeit der Demokratisierung der öffentlichen Verhältnisse, die aber schon im Erfurter Programm im wesentlichen und eindeutig enthalten sind. Solcher Forderungen wegen brauchen wir kein Aktionsprogramm. Wie schon das Wort sagt, soll das Aktionsprogramm einen Plan aufstellen, der nicht nur die nächsten Bedürfnisse befriedigt, sondern uns auch in der Richtung auf den Sozialismus vorwärts führt. Deshalb handelt es sich bei dem Aktionsprogramm mehr um die Feststellung der strittigen und unklaren Fragen. Und da ist es kein Wunder, wenn der Entwurf des Aktionsprogramms für unvollständig befunden wird. Gleich nach der Veröffentlichung des Programmentwurfs ist von Heilmann in der J. K. und vom Stampfer im Vorwärts auf die Agrarfrage verwiesen worden, die in dem Aktionsprogramm völlig übergangen worden ist.. Indessen wenn man sich erinnert, welche Wellen die Agrarfrage vor fast einem Vierteljahrhundert schlug und daß sie schließlich völlig versandete, weil die Meinungen zu verschieden waren, und die ganze Angelegenheit zu ungeklärt war, so wird man begreifen, daß die Agrarfrage nicht aus dem Handgelenk heraus in dem Aktionsprogramm geregelt werden kann, so notwendig es an sich ist, daß wir eine klare Stellung zur Agrarfrage einnehmen. Schippel hat in den Sozialistischen Monatsheften die Notwendigkeit dargelegt, daß wir, wenn wir die Politik nach dem Kriege beherrschen wollen, Produktionspolitik treiben müssen und Kranold hat in der Chemnitzer Volksstimme gezeigt, daß wir auch der Handelspolitik unser Augenmerk zuwenden müssen — Fragen, die mindestens ebenso kompliziert sind wie die Agrarfrage. So wichtig alle diese Fragen sind, und so gewiß wir uns nach dem Kriege mit ihnen beschäftigen müssen, im Rahmen eines Aktionsprogramms können sie jedenfalls nicht gelöst werden. Deshalb muß man Cunow beipflichten, wenn er sagt, ein Aktionsprogramm, das alle diese Wünsche berücksichtigte, würde nicht einen Arbeitsplan für die nächsten Jahre nach dem Kriege aufstellen, sondern sich zu einem politisch-volkswirtschaftlich-theoretisch-praktischen Abcbuch für alle Fälle der Parteitätigkeit ausmachen, dessen Herstellung lange Zeit in Anspruch nehmen würde. Man müßte es deshalb schon, wenn man nicht überhaupt von einem Aktionsprogramm absehen will, weil es nur unvollständig sein kann und angesichts der Parteitagsverhandlungen über unsere Zukunftsaufgaben auch ziemlich überflüssig ist, im allgemeinen bei dem jetzigen Vorschlage eines Aktionsprogramms bewenden lassen. Vielleicht ließe es sich in einigen Punkten kürzen — der letzte, die Kommunalpolitik behandelnde Abschnitt, der erst nachträglich von der Kommission eingefügt worden ist, könnte um so eher wegfallen, als er durchaus unvollkommen ist —, wofür dann einige nicht streitige Punkte, wie die völlige politische Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen Arbeitern, die Wohnungsnot nach dem Kriege usw. usw. —, hinzugefügt werden könnten.

Alles in allem: das Aktionsprogramm mag eine Gestalt erhalten, welche es sein mag, es wird schon seinem Zwecke nach, nämlich eine Formulierung der Fragen der Uebergangspolitik und -wirtschaft zu schaffen, unvollkommen sein müssen und deshalb je länger als mangelhaft befunden werden. R. J.

Das Jahr 1917 für den Verband der Glasarbeiter.

J. K. Der Verband der Glasarbeiter hat im Jahre 1917 eine sehr rege Tätigkeit entfaltet. Für alle Betriebe wurden wiederholte Lohnbewegungen eingeleitet und durchgeführt, so daß die Löhne der Glasarbeiter erheblich aufgebessert wurden. Leider lehnten es die Industriellen ab, tarifliche Abmachungen zu treffen. Verhandlungen darüber, die unter Leitung der Regierungspräsidenten von Frankfurt und Liegnitz wiederholt stattfanden, zerschlugen sich völlig. Bei allen Lohnzuschlägen wiederholten die Unternehmer die bestimmte Erklärung, daß die Grundlöhne der Arbeiter bestehen bleiben müßten und die gemachten Zugeständnisse lediglich Teuerungszulagen wären. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Industriellen, sobald ihnen die Gelegenheit günstig erscheint, die Löhne herabzusetzen gedenken. Nach dem Kriege soll also der Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet von den Industriellen fortgesetzt werden.

Die Mitgliederzahl ist im Jahre 1917 langsam gestiegen und betrug im ersten Quartal 6 264, im zweiten 6 391, im dritten 6 878 und im vierten Quartal 7 361. Gegenwärtig dürfte die Zahl von 8000 Mitglieder überschritten sein. Zum Heeresdienst wurden insgesamt 11 576 Mitglieder einberufen, von denen 1 167 bis jetzt zurückgekehrt sind, so daß sich noch 10 409 Mitglieder im Felde befinden. Es dürfte also die Gewißheit bestehen, daß die Organisation aus dem Kriege ungeschwächt hervorgeht.

Durch die Erhöhung der Löhne wurden die Mitglieder veranlaßt, die Beiträge in den höheren Klassen zu bezahlen, und so steigerten sich die Einnahmen; sie betrugen im Jahre 1917 an Eintrittsgeldern, Beiträgen und verschiedenen kleineren Einnahmen 207 971.23 M., dazu der Kassenbestand vom 31. Dezember 1916 224 859.42 M., in Summa auf 432 830.65 M.

Die Ausgaben für die Arbeitslosen und auch für den Umzug waren nur gering und wurden nur durch die Stillegung infolge des Kohlenentzuges hervorgerufen, sie betrugen zusammen 8 825.85 M. Für die Kranken mußte der Betrag von 20 525 M. aufgewendet werden, während die Sterbeunterstützung auf 5 541 M. stieg. Für die Agitation zur Ausdehnung des Verbandes wurden 17 212 M. verwandt, darunter befinden sich auch die Ausgaben für Reisen, die sich zur Führung der Lohnbewegungen notwendig machten. Der Verwaltungsaufwand, darunter auch die Gehälter für die Verbandsangestellten betrug 38 526 M., und den Zahlstellen wurden 23 451 M. zur freien Verfügung überlassen. Die Verbandszeitung erforderte eine Ausgabe einschließlich der Expedition von 10 883 M. Die übrigen Ausgaben verteilen sich auf Notfall- und andere Unterstützung, sowie die Ausgaben für die Bibliothek. Insgesamt betrugen die Ausgaben 157 514.35 M., es bleibt demnach am 31. Dezember 1917 ein Bestand von 295 316.52 Mark.

Wiederholt hat die Organisaion den Versuch unternommen, mit den Unternehmerorganisationen zu festen Vereinbarungen über die Lohnsätze, die Arbeitszeit, Beschaffung der Werkzeuge sowie Einstellung der verletzten Kriegsteilnehmer zu kommen. Die Verhandlungen können als endgültig gescheitert betrachtet werden. Ohne jede Begründung hat der Schutzverband deutscher Glasfabriken die Verhandlungen abgebrochen, so daß die Arbeiterschaft sich auch in der späteren Zeit jeden Fortschritt im schweren Ringen wird erkämpfen müssen.

Die Entwicklung der Organisation im letzten Jahre und zahlreiche Zuschriften aus dem Felde geben die Gewähr, daß die Arbeiterschaft der Glasindustrie sich dafür durch Eintreten stark zu machen gewillt ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180715-12/fragment/page=0006